

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1893 unter Nr. 6705.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen Tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Donnerstag, den 22. Juni 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Wähler! Auf zur Stichwahl! Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie!

I. Wahlkreis:

Schneidermeister **August Täterow.**

II. Wahlkreis:

Schriftfeger **Richard Fischer.**

III. Wahlkreis:

Stadtverordneter **Ewald Vogtherr.**

V. Wahlkreis:

Klavierarbeiter **Robert Schmidt.**

Nieder-Barnim.

Stadtverordneter **Arthur Stadthagen.**

Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Gastwirth **Fritz Zubeil.**

Wahlberechtigt ist jeder, der in die Wählerliste eingetragen ist, auch wenn er bei der Hauptwahl nicht mitgewählt hat. Sein Wahlberechtigter darf der Urne fernbleiben! Auf jede Stimme kommt's an.

Von den staatlichen „Musterbetrieben“.

Während der Wahlbewegung waren wir in der unangenehmen Lage, von manchen mit dem Geiste des Reichstags-Wahlgesetzes durchaus nicht vereinbaren Beeinflussungen der Arbeiter und Angestellten der preussischen Eisenbahnen durch ihre Vorgesetzten berichten zu müssen. Wir haben nur allzu häufig darauf hinzuweisen gehabt, daß

die staatlichen Arbeiter noch rechtlos sind, wie die Arbeiter in privaten Unternehmungen, daß für sie Vereinsrecht und Versammlungsfreiheit fast garnicht bestehen, daß das Vereinigungsrecht für sie keine Geltung hat. Im Reichstage wurde vom Reichskanzler und seinen Staatssekretären und Kommissären mehr als einmal erklärt, daß sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben des Reiches und Preussens nicht beschäftigt werden dürfen. Dies bedeutet eine besondere Art von Rechtlosigkeit, eine Beschränkung in der Wahl der politischen Grundsätze bei den Staatsarbeitern.

Vielfach wird angenommen, daß die Staatsarbeiter in einer besseren Entlohnung einen theilweisen Ersatz für den Verlust ihrer staatsbürgerlichen Rechte finden. Bei dem Mangel einer halbwegs genügenden Lohnstatistik ließ sich diese durchaus unrichtige Annahme nicht zahlenmäßig widerlegen. Einiges Material zur Beurtheilung dieser Frage bietet der eben ausgegebene Bericht der verstärkten Budgetkommission des preussischen Landtages über einige Kapitel des Etats der Eisenbahn-Verwaltung für 1891/92. In demselben finden wir eine kleine Tabelle über die Löhne, die zwar den bescheidensten Ansprüchen der Sozialstatistik nicht Rechnung trägt, aber in Ermangelung besseren Materials zur Beurtheilung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter bei den Staatsbahnen herangezogen werden muß.

Die Ausgaben an Arbeitslöhnen betragen im Rechnungsjahre 1891/92 im Durchschnitte für einen Arbeiter nach dieser Tabelle:

Im Direktionsbezirk	Bei den im Betriebe beschäftigten Arbeitern	Bei den für die Bahnunterhaltung beschäftigten Arbeitern (Strecken)	Bei den Werkstätten-Arbeitern
Altona	978	702	1101
Berlin	787	500	1060
Breslau	628	452	986
Bromberg	615	471	912
Köln (linksrheinisch)	812	691	1007
Köln (rechtsrheinisch)	858	702	942
Elberfeld	825	669	1076
Erfurt	770	617	1163
Frankfurt a. M.	704	618	983
Hannover	758	595	1099
Magdeburg	881	650	1039

Aus dieser Tabelle ersieht man nicht, wie viele Arbeiter unter diesen Durchschnittslöhnen gearbeitet haben, was die niedrigsten Lohnklassen waren, wie viele sich mit den niedrigsten Löhnen zufrieden geben mußten, wie sich die Arbeiter nach Direktionsbezirken vertheilten, welche Leistungen bei diesen Löhnen von den Arbeitern verlangt wurden, wie

*) Nr. 261 der Drucksachen des Hauses der Abgeordneten. 17. Legislatur-Periode, V. Session 1892/93.

viele Arbeitsstunden geleistet werden mußten. Daß bei den Staatsbahnen Ueberarbeit und zwar oft in unglaublichem Maße vorkommt, ist bei unzähligen Gerichtsverhandlungen festgestellt worden. Wenn wir nun nach diesen kritischen Bemerkungen die Löhne der Eisenbahn-Arbeiter etwas näher betrachten, so finden wir, daß bei den für die Bahnunterhaltung beschäftigten Arbeitern in keinem Direktionsbezirk 2 Mk. auf den Tag kamen, ja daß in zwei Direktionsbezirken der Lohn weniger als 1 1/2 Mk. pro Tag betrug. Im Direktionsbezirk Altona, wo die höchsten durchschnittlichen Löhne bezahlt wurden, kamen ganze 192 1/2 Pfennige auf den Tag! Der niedrigste Durchschnittslohn wurde im Direktionsbezirk Breslau, nämlich knapp 1 Mk. 24 Pf., bezahlt. Bei den im Betriebe beschäftigten Arbeitern mit ihrer überaus langen Arbeitszeit wurden in zwei Direktionsbezirken (Breslau und Bromberg) weniger wie 1 Mk. 70 Pf. pro Tag bezahlt. In 6 von den 11 Direktionsbezirken war der höchste Durchschnittslohn 2,12, im Direktionsbezirk Berlin betrug er knapp 2 Mk. 2 Pf. und im Direktionsbezirk Altona, wo die höchsten Durchschnittslöhne bezahlt wurden, 2 Mk. 67 Pf. für diese Gruppe von Arbeitern. Den hochqualifizierten Arbeitern der Eisenbahn-Werkstätten wird in vier Eisenbahn-Direktionsbezirken ein Durchschnittslohn von höchstens 2 Mk. 70 Pf., und selbst im Eisenbahn-Direktionsbezirk Altona, wo die höchsten Durchschnittslöhne gezahlt wurden, überstiegen dieselben um nicht ganz 2 Pf. einen Thaler! Diese überaus niedrigen Löhne bedeuten aber für die Eisenbahn-Verwaltung einen hohen Lohnstand, die Löhne der Eisenbahn-Arbeiter waren in den vorangegangenen Jahren noch niedriger. Bei diesem Lohnniveau rühmte sich die Eisenbahnverwaltung, daß sie der steigenden Preisbewegung auf dem Arbeitsmarkte folgte, sowie aus „sittlichen Pflichtgründen“ die Löhne der Arbeiter erhöhte.

Wie traurig muß es mit dem sozialpolitischen Verständniß der preussischen Eisenbahnverwaltung bestellt sein, wenn sie sich bei einer so elenden Bezahlung schwerster, gefährlichster und verantwortungsvollster Arbeit in die Brust wirft und von ihren sittlichen Thaten zu sprechen wagt.

Wir ersehen aus diesen offiziellen Lohnangaben, daß die Eisenbahnarbeiter der königl. preussischen Staatsbahnen keinen ökonomischen Ersatz für die Beschneidung ihrer staatsbürgerlichen Rechte erhalten, daß ihre Lage demnach eine unwürdigere und schlechtere ist, als die der anderen Arbeiter, daß die preussischen Staatsbahnen das direkte Segentheile von Musterbetrieben sind. Für die Bahnverwaltungen, welche in überströmender Loyalität Zehntausende Mark aus dem Säckel des Volkes für Ausschmückung von Bahnhöfen verausgaben, an denen der König ohne anzuhalten in schnellsten Kurierzuge tempo vorbeirist, für diese Bahnverwaltungen ist wie für die übrigen staatlichen Betriebe die Forderung, daß die staatlichen Betriebe Musterbetriebe sein sollen, in den Wind gesprochen. Aber selbst diese knauserige, engherzige, jedes sozialpolitischen Verständnisses bare Lohnpolitik ist den gerechten

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

Die Fabriklerin.

Erzählung aus dem schweizerischen Volksleben von einem Baseler Arbeiter.

In den meisten Fällen waren die „Fremden“ von den Einheimischen gehaßt und gemieden, weil man ihnen vorwarf, daß sie den Ortsangehörigen den Verdienst vorweg nehmen.

Damals dachte man eben namentlich auf dem Lande noch viel engherziger als heute, wo das Dampftröb auch entferntere Landestheile einander näher bringt und die Leute mehr durcheinander wirft.

Ludwig Maurer, der neue Meister, war eine sympathische, männlich-schöne Erscheinung. Ein Kind armer Eltern, hatte er dennoch eine sorgfältige Erziehung genossen, die er stets bemüht war, noch zu vervollständigen.

Als seltene Arbeitskraft hatte man ihn in der Fabrik rasch schätzen gelernt. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, die meinen, sich das Vertrauen ihrer Prinzipale nur dadurch gewinnen zu können, daß sie die ihnen unterstellten Arbeiter nach Herzenslust tyrannisieren, war Maurer gegen diese stets freundlich und nachsichtig.

In seinen Mußestunden machte es ihm stets eine Freude, wenn er sich mit diesem oder jenem Arbeiter in ein Gespräch einlassen konnte, wobei er große Theilnahme für die Leiden des Arbeiterstandes an den Tag legte.

Seinen eigenen Vorgesetzten gegenüber war Herr Maurer freilich zugeknöpft, wie man zu sagen pflegt. Daß man

mit solchen Grundsätzen keine Karriere macht, sollte er bald genug erfahren.

Als Rosa in den Saal trat, wurde sie von dem jungen Manne, welcher von ihrem Schicksal gehört und das Mädchen tief bedauert hatte, freundlich und wie eine alte Bekannte willkommen geheißen, was ihm sofort ihre Sympathien eintrug.

Maurer hatte ihr die gleiche Maschine, an der sie schon früher gearbeitet, freimachen lassen, für welche Aufmerksamkeit sie ihm mit einem warmen Blicke dankte. Wie im Fluge verging ihr der erste halbe Tag.

Wenn Rosa in den nächsten Tagen mit Freuden das gute Einvernehmen zwischen Maurer und seinen Arbeitern wahrnahm, so machte sie dagegen eine andere, nichts weniger als erfreuliche Entdeckung: Maurer hatte in aller-nächster Nähe einen um so gefährlicheren Feind, weil dieser das Gefühl des Hasses unter der Maske der Freundschaft zu verbergen wußte.

Es war dies ein langjähriger Arbeiter der Fabrik, welcher schon bei Lebzeiten des verstorbenen Meisters nach der Auserkennung getrachtet, jedoch nicht zu seinem nicht geringen Aerger bei dessen Tode übergangen worden war.

All sein Groll wandte sich nun dem neuen Meister zu, trotzdem er sich selbst sagen mußte, daß dieser am allerwenigsten für sein Uebergehen verantwortlich gemacht werden konnte.

Rosa kam schon in den ersten Tagen hinter die wahren Gefühle Faders — dies war der Name des betreffenden Arbeiters — und hatte sich vorgenommen, Maurer gelegentlich vor ihm zu warnen.

Eines Tages kam man auch auf den täglich hitziger werdenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu sprechen, wobei Maurer sich wiederum als ein aufrichtiger und über-

zeugter Freund der Arbeiter und ihrer Bestrebungen bekannte.

Soeben hatte er mit scharfen Worten die Gewinnsucht der Kapitalisten gebannt, als Fader dazu kam und nun seinerseits in maßloser Weise über die Reichen zu schimpfen anfing. Diese seien faulenzende Schmaroger und nicht mehr werth, als daß man sie sammt und sonders aufknüpfte.

Diesem gegenüber erwiderte jedoch Maurer trübselig, daß man nicht einzelne verantwortlich machen könne für die heutigen Zustände, sondern daß diese vielmehr ein Produkt der heutigen Gesellschaft überhaupt seien. Das „Aufknüpfen“ wäre deshalb eine durchaus verfehlte Maßregel, um so mehr, als das Volk bei uns alle jene Rechte genieße, um eine totale Umgestaltung der heutigen Gesellschaft auf friedlichem Wege herbeizuführen. Die Führer der heutigen Arbeiterbewegung sprechen denn auch immer nur von einer friedlichen, nicht von einer gewaltsamen Revolution.

Diese friedliche Revolution, die Revolution auf dem Wege der Gesetzgebung, lasse sich erreichen, wenn die arbeitende Bevölkerung treu zusammenhalte und an der Urne so stimme, wie es den Interessen ihres Standes dienlich sei. So lange man freilich Leute, wie Rentiers, Fabrikanten, spitzfindige Advokaten u. s. w. in die gesetzgebende Behörde wähle und damit gleichsam den Bod zum Gärtner mache, werde es nicht besser werden, vielmehr sei es nöthig, Leute nach Bern*) zu senden, die ein Herz für das Volk haben und seine Leiden aus eigener Erfahrung kennen. Dies sei der einzige Weg, der zum Ziele führe, es gebe keinen anderen nach dem „Rüschnacht“ des sozialen Staates.

*) Den Sitz der schweizerischen Regierung (Bundesrath) und Volkvertretung (Nationalrath).

Vertretern des Kapitalismus, welche durch das famose Dreiklassen-Wahlrecht zu preussischen „Volksvertretern“ gemacht werden, noch viel zu weitgehend. Für die Hammacher, Friedberg, von Heydebrand und der Lasa, von Winnigerode-Rostkitten und wie die anderen Grafen und bürgerlichen Millionäre der verstärkten Budgetkommission des preussischen Landtages heißen, und für die Deutschfreisinnigen zählt der preussische Staat noch immer zu hohe Löhne. Die Streckenarbeiter im Direktionsbezirk Altona, die noch nicht zwei Mark pro Tag erhalten, sollen im Vergleich mit ihren Leistungen zu hoch gelohnt sein, wodurch nicht nur der Staat, sondern auch die Landwirtschaft benachteiligt werde, die nach dem Vorgang der Eisenbahnverwaltung unbillig hohe Löhne an die Arbeiter zu zahlen genötigt sei. Einzig angenehm berührt bei dieser freijunkertlichen Sozialpolitik das offene Eingeständnis, daß die Herrschaften auf ihren Gütern noch elendere Löhne bezahlen als der preussische Staat, und daß sie im Landtage ihre Sonderinteressen so offen vertreten. Wie müssen diese Herren erst ihre Arbeiter behandeln, wenn sie die Behandlung der preussischen Staatseisenbahn-Arbeiter als zu wenig streng zu rügen wagen. Wer diese Verhältnisse kennt, würde es auch glauben, ohne daß der Regierungskommissar darauf hingewiesen hat, daß die Kräfte der Arbeiter so stark angespannt werden, als es die Natur der Arbeit gestattet und daß die Verwaltung unangesehnt bemüht ist, keinem nicht unbedingt nötigen Arbeiter Beschäftigung zu geben und die Arbeitsleistungen zu erhöhen.

Aus dem Kommissionsberichte geht hervor, daß sich keine einzige Stimme zu Gunsten der Eisenbahn-Arbeiter erhoben hat.

Das war auch nicht anders zu erwarten von dem Ausschuss eines Parlaments, welches das Vergarbeitergesetz angenommen hat, und welches eine reine kapitalistische Interessenvertretung und keine Volksvertretung ist.

Für alle im Staatsdienste stehenden Personen, insbesondere für die niederen Beamten und die Staatsarbeiter, ist der hier besprochene Bericht ein ungeheurer bedeutungsvoller Aktenschild. Sie können aus demselben lernen, was sie von einer Abschaffung oder Verringerung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zu erwarten haben. Dann wird sich keine Stimme für sie erheben, dann werden sie ganz verflucht werden, der reine ungeschminkte Kapitalistenegoismus wird im Bunde mit dem patriarchalischen Regime unserer Reichsregierung die Löhne auf dem denkbar niedrigsten Niveau erhalten. Schon die Tatsache, daß im Reichstage Sozialdemokraten sitzen, zwingt die bürgerlichen Parteien zu einiger Zurückhaltung, zum Heucheln von etwas Arbeiterfreundlichkeit, zum Verhüllen des allzu krasen Egoismus, alle bürgerlichen Parteien geben im Reichstage vor, daß sie für Besserung der Lage der niederen Bediensteten sind, im Landtage aber, wo die Herrschaften unter sich sind, da haben sie keine Scheu mit offenen Karten zu spielen, da entrüsten sie sich darüber, wenn der Staat für schwere, vielstündige Arbeit einem Familienvater 1,75 M. Tagelohn bezahlt. Das ist den Herren zu viel.

Die kleinen Beamten, die Arbeiter aller Berufe, vor allem aber die Staatsbeamten und Staatsarbeiter haben alle Ursache dafür zu sorgen, daß in den Reichstag nicht eine Majorität einzieht, die mit Hurrahgeschrei das allgemeine Wahlrecht abschafft und aus der deutschen Volksvertretung eine kapitalistische Interessenvertretung macht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Unsere Genossen im Auslande. Aus Pest wird dem Parteivorstande unterm 21. Juni telegraphirt:

„Genossen! Wie auf das Klassenbewußte Proletariat der ganzen Kulturwelt wirken eure großartigen Erfolge auch auf uns erhebend. Wir beglückwünschen Euch zu eurem glänzenden Wahlsiege, der die Götterdämmerung des Klassenstaates bedeutet. Hoch die sozialdemokratische Partei Deutschlands, diesem Hort der internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie. Namens der ungarländischen Sozialdemokratie die Redaktion des „Arbeiter“ und „Mantel“ (Arbeiter).“

Während die übrigen Arbeiter den verständigen Ausführungen Maurers aufmerksam folgten, schritt Fader ein schiefes Gesicht. „Mit solchen Theorien sei den Arbeitern nicht geholfen,“ meinte er wegwerfend und ging drummen davon.

Als Rosa an diesem Tage einmal in die Nähe des Herrschaftshauses kam, bemerkte sie, daß Fader in dem offenen Gartenpavillon stand und eifrig mit Herrn Stedig sprach. Sie war zu weit von den beiden entfernt, um von dem Gespräch etwas zu verstehen, doch vermutete sie so gleich, daß es sich um den Disput handelte, welchen sie heute in der Fabrik mit angehört hatte.

Und dem war in der That so. Fader hinterbrachte dem Fabrikanten brühwarm alles, was Maurer so offenherzig zu Gunsten der Arbeiter vorgebracht hatte; zu welchem Mittel er gegriffen, um Maurers Meinungsäußerung zu provozieren, verschwieg er wohlweislich.

„Nun, wir wollen sehen, wie weit es Maurer eigentlich treiben will,“ entgegnete Herr Stedig. „Berichten Sie mir auch fernerhin darüber, Fader; an meinem Danke soll es nicht fehlen.“

Mit einem triumphirenden Lächeln auf den Lippen trat dieser darauf den Rückzug an.

Rosa aber beschloß nun ihrerseits, mit ihrer Warnung an Maurer nicht mehr länger zu warten und suchte es noch am gleichen Abend so einzurichten, daß sie diesen auf dem Heimwege traf.

Nachdem die beiden sich gegenseitig herzlich begrüßt hatten, steuerte Rosa sogleich auf ihr Ziel los.

„Sie vergehen, Herr Maurer,“ begann sie, „wenn ich Sie vor einem Menschen warne, welcher offenbar an Ihnen und uns allen den Verräther spielt. Ich klage gewiß niemand gerne an, allein wenn ich sehe, wie dieser heimtückische und falsche Mensch, der Fader, bestrebt ist, Sie bei Ihrem Chef in Mißacht zu setzen, dann empört sich mein Inneres ob dieser hohlenlistigen Schlechtigkeit. Wenn ich Ihnen sage, daß dieser Glende bereits alles brühwarm Herrn Stedig hinterbracht hat, was Sie heute über die Arbeiterfrage gesprochen haben, dann wird es nicht mehr nötig sein, Sie vor ihm zu warnen.“

Aus Budapest kam noch ferner folgender Gruß:

„In demselben Augenblick, wo man bei uns hungernde Bergarbeiter in Fünfsirichen mit Gewehrkolben, Bajonette und scharfen Klängen zur Arbeit zwingen will, erhebt uns der Gedanke an Ihren Sieg.“

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Redaktionen der „Arbeiterpresse“ und „Népszava“.

Die sozialistische Organisation von Marseille übermittelte uns folgende Resolution:

Die Arbeiterpartei von Marseille übersendet der deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Glückwünsche aus Anlaß ihres großartigen Wahlsieges, sie rechnet fest darauf, daß ihre Brüder des Glendes bei den Stichwahlen den Sieg vervollständigen werden. —

„Die Sozialdemokraten sind die einzige Partei in Deutschland, die die Kunst der Parteiorganisation begriffen hat und versteht“ — das ist, wie wir schon kurz berichteten, das Zeugnis, welches das Hauptorgan der englischen Konföderativen, der „Standard“, der deutschen Sozialdemokratie ausstellt (Leitartikel vom vorigen Sonnabend). Der „Standard“ erkennt weiter an, daß die sozialdemokratische Partei den Hauptgewinn bei den letzten Wahlen davongetragen hat, und daß ihr politisches Gewicht nach Maßgabe ihres Stimmzunachses gestiegen ist; und das konservative Organ spricht schließlich die Ueberzeugung aus, daß die Sozialdemokraten sehr bald in Deutschland die Herren der Lage sein würden, wenn die Vertretung im Reichstage der Wählerzahl entspräche (would soon be masters of the situation etc.) — Nun — wir werden auch mit dem jetzigen Vertretungssystem Herren der Lage werden. —

Mehrheitsberechnungen. Ein Kartellblatt stellt folgende Berechnung an: „Endgiltig gewählt sind bisher 107 Anhänger der Vorlage, davon 51 Konservative, 12 Freikonservative, 19 Nationalliberale, 3 Sezessionisten, 3 Zentrumsleute, 2 Elßner, 13 Polen, 4 Antisemiten. Von den überhaupt im ganzen bisher gewählten 213 Abgeordneten ist hiernach fast genau die Hälfte zu den Freunden des Antrages Quene zu rechnen. Von den 188 Stichwahlen kommen 27 auf je zwei Freunde des Antrages Quene. Diese 27 Mandate kommen also ohne weiteres zu jenen 107 Stimmen hinzu. Dies wären zusammen 134. Zur Mehrheit erforderlich sind 199 Stimmen bei vollständigem Hause. Somit würden noch 65 Stimmen fehlen, die aus den ferneren, nach Abzug der erwähnten 27 Mandate übrig bleibenden Stichwahlen herauszuholen wären. Von diesen ferneren 156 Stichwahlen schweben nun aber 22 nur zwischen Gegnern des Antrags Quene. Es bleiben also noch 134 Stichwahlen übrig, die zwischen Freunden und Gegnern der Militärvorlage zu erledigen sind. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die für die Mehrheit erforderlichen 65 Mandate aus diesen 134 Stichwahlen zu erstreiten sind, so daß die Hoffnungen der Anhänger der Vorlage auf keine Weise anders als dadurch zu erfüllen wären, daß eine ganze Reihe von Zentrumsabgeordneten jetzt, entgegen der Abstimmung vom 6. Mai, für die Militärvorlage stimmt.“ Jedenfalls bringen die Stichwahlen die Entscheidung. Wähler thut eure Pflicht! —

Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ rechnet aus, daß von den bis jetzt gewählten Abgeordneten 100 für und 118 gegen die Militärvorlage seien.

Sie schreibt dann:

Vorläufig sind also die Gegner den Freunden um 18 Stimmen voraus. Von den 179 Stichwahlen werden 28 auf alle Fälle zu Gunsten der Militärvorlage ausfallen, weil hier beide Kandidaten Freunde der Militärvorlage sind. 20 werden notwendig gegen die Militärvorlage ausfallen müssen, weil beide Kandidaten Gegner derselben sind. Das ergibt für die Militärvorlage 129, gegen dieselbe 149 Stimmen. Die Gegner haben also nur mehr einen Vorsprung von 10 Stimmen. Soll eine Mehrheit für die Militärvorlage zu Stande kommen, so müssen von den noch übrigen 151 Stichwahlen 71 zu Gunsten der militärfreundlichen Parteien ausfallen. Das ist keineswegs unmöglich!

Wähler, seid auf der Wacht! —

Eugen Richter ist von keiner Partei so scharf kritisiert worden, wie von der Sozialdemokratie, deren fanatischster

Als Rosa geendet, drückte ihr Maurer warm die Hand.

„Meinen herzlichsten Dank für Ihre Warnung, Rosa, sie kommt mir nicht unerwartet, denn schon längst habe ich hinter Fader einen Verräther gewittert. Das ist ja leider ein schwarzer Punkt in der Arbeiterbewegung, daß es viele Arbeiter giebt, die — sei es aus Schlechtigkeit, sei es aus Dummheit — um eines kleinen, momentanen Wortweils willen stets bereit sind, an der guten Sache der Arbeiter zum Verräther zu werden. Doch sind das zum Glück immer seltener werdende Ausnahmen, die uns nicht abhalten sollen, gleichwohl mit unserer ganzen Kraft für die Verwirklichung unserer Ideale einzustehen. Als ich hierher kam und die Arbeiter noch so dumm und unwissend fand, da gelobte ich mir, sie aufzuklären über ihre elende Lage und sie zu zielbewußten Menschen heranzubilden, und dieses Gelübniß werde ich halten, koste es was es wolle. Und daß Sie mit mir einverstanden sind, Rosa, und fühlen und denken wie ich, das giebt mir Muth und Kraft genug, den kommenden Stürmen zu trotzen. Herr Stedig wird es bald genug inne werden, daß er an mir einen hartnäckigen und ausdauernden Gegner hat, der so leicht die Waffen nicht streckt.“

In solch zuversichtlicher Weise sprach sich Maurer über die Sache aus und begeisterte auch Rosa für seine Ideale; aber auch die Liebe zu dem modernen jungen Manne nistete sich von dieser Stunde an tief ein in ihrem Herzen.

Maurer begleitete Rosa bis zum Häuschen ihrer Mutter und als er Abschied von ihr nahm, da blickte er ihr so tief in die Augen, daß sie erröthend das Köpfchen senkte.

Als er sie dann beim Weggehen fragte, ob er sie einmal in ihrem Heim besuchen dürfe, da sagte sie mit Freuden: Ja.

Diesen Besuch führte Maurer schon am kommenden Sonntag aus und fand freundliche Aufnahme im Häuschen der Wittwe, woselbst er auch Karl vorfand.

Bald war man in ein eifriges Gespräch vertieft, so daß der Nachmittag wie im Fluge verging und er beim Abschiednehmen gerne versprach, bald wieder zu kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Gegner er ist. Daß aber die banausischen Spießgesellen des wadelstrümpfigen Deutschfreisinn den gestifteten Parteiführer, der unstreitig der schneidigste Organisator und beste Parlamentarier unter allen Bourgeoispolitikern ist, in rüdester Weise anpöbeln, geht denn doch über's Wohlgefallen. Allerdings liegt es im Wesen dieser Kammerluchter des Geldbads, daß sie den Mächtigen byzantinisch umwedeln, den Gefallenen mit dem Gelsfußtritt lohnen. Dieses Kennzeichen niedriger Gesinnung leuchtet so grell wie ehemals der gelbe Fleck auf dem Brustlapp der Injasen des Sektos. Richter's Geschick hat sich erfüllt. Die Thierchen des „Berliner Tageblatts“ und ähnlicher Blätter, die vom alten auf den neuen Elephanten hinüberwechseln, weil sie hier ihr Parasitenbedürfnis leichter zu befriedigen hoffen, erscheinen jetzt am Abend der Niederlage des Deutschfreisinn in ihrer nackten Verächtlichkeit. —

Agrarische. Der „Kreuz-Zeitung“ zufolge sind von solchen Kandidaten, die sich bestimmt verpflichtet haben, die Forderungen des Bundes der Landwirthe zu vertreten, 58 gewählt und 64 in Stichwahl. Unter den Gewählten sind 39 Konservative, 6 Freikonservative, 7 Nationalliberale, 2 Polen, 3 Ultramontane, 1 Antisemit. —

Keine Reichserbschaftsteuer. In der Steuerkommission des Herrenhauses erklärte nach der „Kreuz-Zeitung“ am Dienstag Vormittag Finanzminister Miquel, daß an die Einführung einer Reichserbschaftsteuer nicht gedacht werde. — Natürlich müßte das arbeitende Volk die Kosten auch für die neue Militärvorlage aufbringen. Die indirekte Steuer schraube wird angezogen. —

Die abnorme Trockenheit dieses Jahres hat in fast ganz Deutschland Stroh- und Futtermangel herbeigeführt. Nachdem die Regierung in Hessen, Württemberg u. s. w. eingeschritten ist, um den durch diesen Nothstand aufs schwerste bedrohten Landwirthe zu beizuspringen, hat jetzt auch der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, zur Binderung des für weitere Gebiete der Monarchie befürchteten Stroh- und Futtermangels für den Bezug von Torfstreu (auch Torfmüll), und Futtermitteln, z. B. Kleie, Mats, Delfuchen, Rüben, Schlempe, Stroh u. s. w., die Tarife der preussischen Staatsbahnlinien vorübergehend bedeutend ermäßigt, die gleichen Frachtermäßigungen in seiner Eigenschaft als Chef der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen auch für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen bewilligt. Die niedrigen Ausnahmefrachten für Torfstreu und Torfmüll gelten bis zum 1. September 1894, diejenigen für Futtermittel „bis auf Weiteres“. Diese Maßregeln reichen aber nicht aus. Die kleinen Bauern müssen zum Theil ihr Vieh schlachten oder zu Schleuderpreisen los schlagen, da sie kein Futter für dasselbe haben. Warum wird nicht, wie anderwärts, die Waldbrennung (Streu, Weide) den kleinen Landwirthen vorübergehend erlaubt? Warum greift der Herr Fiskus hier nicht schneidig ein? Der preussische Landtag müßte, wenn die Umstände es so erheischen, sofort Nothstands-kredite bewilligen. Wir leben aber in der besten aller möglichen Welten. —

Aus der soeben veröffentlichten Zusammenstellung der Ergebnisse der dritten Saatenstands-Erhebungen für Preußen, die um die Mitte dieses Monats vorgenommen worden ist, geht deutlich hervor, daß die anhaltend nach dem Westen zu sich steigende Dürre zu ernsthaften Besorgnissen wegen des Ernte-Ausfalls Anlaß giebt. —

Ueber den Rest der preussischen Landtagsarbeiten sind jetzt die Präsidien der beiden Häuser des Landtags und die Regierung stillschweigend übereingekommen. Der Landtag wird, wie bestimmt gemeldet wird, am 12. oder spätestens am 15. Juli geschlossen werden. Bis dahin werden die Steuervorlagen und sämtliche übrigen Reste der Arbeiten beider Häuser des Landtags, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, zum Abschluß gebracht sein. —

Wie der Staat Sozialdemokraten erzieht. Der „Volkswille“, unser hannoversches Bruderblatt, veröffentlicht folgendes geheime Aktenstück:

Hannover, den 8. April 1890.

Der bisher in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte zu Königsberg beschäftigt gewesene Schlosser G. . . . W. . . . aus Königsberg, 30 Jahre alt, ist wegen seiner Angehörigkeit zur Sozialdemokratie entlassen.

Derselbe ist im Falle etwaiger Meldung nicht zur Beschäftigung zuzulassen.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt

(Hannover-Weins.)

An

sämmtliche Herren Dienststellen-Vorstände und Bahnmeister.

Nr. 112 S. 1. (je besonders.)

Der auf diese Weise gemäßregelte und hernach verfolgte Arbeiter wird sicherlich nicht mürbe geworden, sondern selbst Sozialdemokrat geblieben sein. Die Veröfentlichung dieses Schriftstückes aber wird wieder einer Reihe von Arbeitern zeigen, wie der Staat für sie sorgt. Herr Thiele, der preussische Eisenbahnminister, ist ein trefflicher Vertreter der Sozialreform von oben. —

Ueber die Epidemie im Münchener Leibregiment

berichtet unser Bruderblatt, die „Münchener Post“:

„Die (offizielle) bediente, „Bayerische Korrespondenz“ des Herr von Staudenrauch weiß zu berichten, daß die beim Leibregimente ausgebrochene Typhusepidemie (?) im Abnehmen begriffen ist. Das Typus ist aber leider nicht der Fall zu sein. Ein gestriger Besuch der neuen Quartiere des Leibregiments auf Oberwiesenfeld und der dabei theils auf grund eigener Beobachtungen, theils auf grund eingezogener Erkundigungen gewonnene Eindruck läßt nicht auf eine Abnahme der tödtlichen Krankheit, sondern eher auf das Gegenheil schließen. Die neuen Quartiere des Leibregiments gleichen einem Feldlager. Das Regiment ist in den Remisen der kgl. Kellereiwerkstätten in Kellereiquartieren untergebracht. Das ganze neue Kasernenensemble ist von einem Staletenzug umgeben und wird von einem größeren Postenkordon bewacht, damit ja kein „Ungewisser“ eindringen kann. In der Nordseite ist die Regimentskantine in einer Bretterhütte untergebracht. An der Westseite sind die Feldküchen in Bretterschuppen eingerichtet. Die Menage wird im Freien in großen Kesseln in den dazu gegrabenen Kochlöchern und Kochgruben zubereitet. Dortselbst müssen auch sämtliche Koch- und Menagegeschirre gereinigt werden, zu welchem Behufe dort mehrere Wasserleitungsrohre gelegt worden sind. Auf derselben Seite wird gegenwärtig ein großes Zelt für Reservisten errichtet. Auch im Innern des Kasernenensembles sind mehrere Zelte aufgeschlagen, welche zur Aufnahme der neu zugegangenen Reservisten bestimmt sind. Die Stimmun-

Parteigenossen! Es sind nur noch wenige Tage bis zu den Stichwahlen.

In Berlin wird Sonnabend, den 24. Juni, gewählt. Versäumt bei der Agitation keinen Augenblick! Sorgt dafür, daß jeder Wahlberechtigte wählt. Keiner darf der Urne fern bleiben, denn selbst eine Stimme kann entscheidend sein. Verhütet, daß weniger zur Wahl gehen, als bei der Hauptwahl, und prägt jedem ein, daß er im Wahlbureau seinen Namen laut und deutlich nennt, damit unsere Vertrauensleute ermitteln können, wer noch nicht gewählt hat. Geschicht das überall, so können die meisten Säumnigen noch zur Wahl veranlaßt werden. Vorwärts denn, mit vereinter Kraft, und der Sieg wird dann, aber nur dann, unser sein.

unter den Soldaten ist eine sehr gedrückte, da täglich mehrere neue Erkrankungen und auch einige Todesfälle vorkommen. Die Zahl der bis jetzt Erkrankten beläuft sich auf ca. 900. Die Soldaten halten die Krankheit mehr für Hunger- als für Unterleibs-Typhus und geben durchwegs der schlechten Verpflegung- und Ernährungsweise die Schuld. Doch sind sie in ihren Reserven sehr vorsichtig, da ihnen von Seiten des Regiments strenges Stillschweigen zur Pflicht gemacht worden ist. Es wäre endlich einmal Pflicht des Regimentskommandos sowohl als auch der Lazarethverwaltung, durch Veröffentlichung eines authentischen Berichtes über die Ursachen, über die Art und den Verlauf der Krankheit, sowie durch die Ausgabe offizieller Bulletins über den gegenwärtigen Stand der Krankheit und über die vorgekommenen Todesfälle volle Klarheit zu schaffen. Es werden ja unseres Wissens die genauesten Revier- und Lazareth-Krankheitslisten und außerdem über jeden einzelnen Mann eine eigene Krankheitskarte geführt, so daß sich der gegenwärtige Stand der Krankheit aus den Zu- und Abgängen leicht feststellen ließe. Von anderer Seite wird der „Münchener Post“ mitgeteilt, daß zwei gestorbene Soldaten von der 9. Kompanie sezirt wurden, wobei sich ergab, daß beide Männer durch Grünspan vergiftet waren. Ueber andere nichts weniger als appetitliche Vorgänge in der Küche und Proviantverwaltung genannten Regiments wollen wir heute hinweggehen und sie erst dann näher beleuchten, wenn auf unsere Anfragen an das Regimentskommando Auskunft erteilt ist, was die Krankheitsursache der Soldaten ist. Da man aber einer Aufforderung seitens des Herrn Oberst v. Graunvogel ebensowenig Gehör bezog, Folge zu geben geneigt scheint, so wenden wir uns nun an den neuernannten Herrn Kriegsminister von Aich, in dieser wichtigen und dringenden Frage eine authentische Veröffentlichung über die Krankheitserscheinung und den Gesundheitszustand der Leibregimentsoldaten endlich einmal veranlassen zu wollen. Oder sollte auch die Stelle sich in Stillschweigen hüllen?

Wie vortrefflich diese Thatsachen agitiren — für den Militarismus!

Herr Wörishoffer, der vortreffliche badische Fabrikinspektor, ist den Großindustriellen Badens ein Dorn im Auge. Alle Ränke, die gegen ihn gesponnen worden sind, haben bis heute nicht verfangen. Der Mannheimer Fabrikantenverein, der an die Regierung und an den Großherzog Eingaben gefandt hatte, worin die Abberufung Wörishoffer's gefordert wurde, ist damit abgeblitzt. Das Ministerium hat, wie gemeldet wird, die Eingabe scharf zurückgewiesen. Zugleich wurde, wie die „Volks-Zeitung“ berichtet, dem Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer, veranlaßt durch die Beschwerde, vom Ministerium ein volles Vertrauensvotum angefordert wegen seiner umsichtigen und durchaus sachlichen Betrachtung und Wahrnehmung der Geschäfte der Fabrikinspektion. Daß die Regierung auf die Unverfrorenheit des badischen Unternehmertums so reagiert, ist erfreulich. Bei uns in Preußen freilich haben die Schlotbarone mehr Glück. Aber daß sich die Großkapitalisten überhaupt unterfangen, der Fabrikinspektion die Zähne zu weisen, ist ein beachtenswertes Zeichen der Zeit. Und das redet von „Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit“.

In der gothaischen Landtage brachte der Abgeordnete Winter einen Antrag betreffend die Wildschaden-Regulierung ein, monach in Zukunft angezeigter Wildschaden sofort von den Gemeindefiskus zu taxieren sei. Der Antrag wurde der Rechtskommission überwiesen, die beschloß, da der Antrag dem bestehenden Jagdgesetz widerspreche, über ihn zur Tagesordnung überzugehen. Genosse Bock regte die Schaffung eines Wildschaden-Gesetzes an. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ein solches dem nächsten Landtage vorzulegen.

Ueber österreichische „Arbeiterkrawalle“ läßt und schwindelt unser bürgerliches Zeitungsgezwirner das Blaue vom Himmel herunter. Wie liegen die Dinge? Unsere Genossen stehen in der Wahlrechts-Bewegung, sie kämpfen für das allgemeine Wahlrecht. Die verlotterte österreichische Bourgeoisie ist mit der Regierung darin einig, daß sie sich in ihrer parlamentarischen Plüscherei durch die Arbeiterkrawalle nicht stören lassen wollen. Daher Verleumdungen auf Verleumdungen, Provokation auf Provokation, rohe Gewalt, Polizeigewalt und Soldaten. Den Arbeitern sind Versammlungen, wo sie für das Wahlrecht demonstrieren wollten, brutal verboten, die Waffe ist bis zum Neuseksten gereizt und dann überfallen worden. Was die liberalen Organe nicht abhält, die Wahrheit zu verhehlen und nach dem sofortigen Eingriff des Militärs zu rufen!

Zum Clémenceau-Scandal. Ein gewisser Ducrot veröffentlicht, wie der „Bosser Zeitung“ aus Paris telegraphiert wird, in der boulangistischen Zeitung „Cocarde“ unter der Ueberschrift „Hochverrat“ eine Anzeige, in der er läßt erklären, er und einige Freunde hätten sich durch Einbruchdiebstahl, nämlich durch Erbrechen eines eisernen Schranke, gewisser Papiere bemächtigt, die einer fremden Regierung gehörten und für die französische Vaterlandsliebe eine ungeheure Bedeutung besäßen. Erstaunliche Enthüllungen werden folgen. In Unterredungen mit Berichterstattern deutete Ducrot an, daß die gestohlenen Papiere Clémenceau als Werkzeug Englands bloßstellen. Hieran knüpfen die Blätter allerlei Vermuthungen. Nach den einen wären die Papiere diejenigen, die dem Cornelius Herz in England abgenommen wurden. Nach anderen wären sie in Belgien gestohlen. Möglicherweise ist aber das Ganze boulangistischer Schwindel. Clémenceau scheint ruhig zu sein und läßt heute in seiner „Justice“ durch Belletan erklären, er sehe den Enthüllungen höchst gleichgültig entgegen.

Gladstone hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Berathung der Home-Rule-Vorlage soll nun gar auf einige Zeit vertagt werden.

Das norwegische Storting hat die Regierungsvorlage, die indirekte Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse forderte, mit 63 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Der Rückgang der freisinnigen Volkspartei.

Wie kommt es, daß von allen Parteien, welche sich ablehnend gegen die Militärvorlage der Regierung verhalten haben und mit dem Feldgeschrei „Gegen den Militarismus“ in den Kampf gezogen sind, die freisinnige „Volkspartei“ allein völlig gerammt wurde und ohne direkt auch nur ein einziges Mandat sofort gewonnen zu haben, mit einigen zerstreuten, in der Stichwahl ringenden Trümmern den 18. Juni überstanden hat? Wie kommt das? Fragen sich verwundert und niedergeschlagen die Anhänger dieser Partei selbst.

Erwartet haben sie's nicht. Trübselig bekennt das Organ Eugen Richter's, die „Freisinnige Zeitung“, sich leuchtenden Siegeshoffnungen hingegeben zu haben, verleiht durch die Stimmungsbilder aus dem Lande. Diese Stimmungsbilder waren zweifellos zutreffend, insofern sie die Abneigung des Volkes gegen die Militärvorlage zum Ausdruck brachten, aber sie traten, indem sie der freisinnigen Volkspartei Vortheil davon versprachen. Allerdings hat der um Eugen Richter gruppierte Flügel der ehemals deutschfreisinnigen Partei gegen den Hünenstein Vor-schlag gestimmt und nach der Abstimmung die Scheidung von den lauen militärfreundlichen Elementen der Partei erzwungen, und es ist wohl zu glauben, daß die Wahlen noch schlimmer für die beiden freisinnigen Gruppen ausgefallen wären, wenn die Scheidung nicht vorher erfolgt wäre. Aber was für eine Stellung nimmt denn der Richter'sche Freisinn zur Frage des Militarismus überhaupt ein? Unterscheidet er sich in seiner Auffassung prinzipiell von der der übrigen liberalen Fraktionen oder auch nur von der der konservativen Parteien?

Reineswegs! Sie wollen die zweijährige Dienstzeit, ja. Aber das hat sogar die Regierung angeboten, und mit saurer Miene hat auch die junkerliche Reaktionspartei, um nur größere Massen von Soldaten in den bunten Rock stecken zu können, sich damit einverstanden erklärt.

Die Freisinnigen lehnten ferner eine Erhöhung der Präsenz-gelder ab und wollten die Heereskosten nur soweit vermindern, als die Mehreinstellung von Rekruten und die Errichtung neuer Kadres das rechtfertigen würde. Aber das Alles ist doch keine prinzipielle Opposition gegen den Militarismus. Das sind nur Rechnungsfeilsereien wegen eines Mehr oder Minder. Das kommt alles darauf hinaus, daß der Moloch unangestastet bleibt in seiner ganzen Glorie; man will ihn nur nicht noch feister mästen und markt und feilscht, ob ein paar Treppen und Knöpfe mehr auf seine goldtragende Uniform aufgenäht werden sollen. Thatsächlich hat sich also gegenüber den Mehrforderungen der Regierung für das Heerwesen die freisinnige Volkspartei im Bunde mit dem Zentrum eingelegt für die Erhaltung des Bestehenden. Sie hat sich gezeigt als eine wahrhaft konservative, vielleicht als die einzige echt konservative Partei im Deutschen Reich.

Aber das ist nicht die Anschauung der breiten Schichten des Volkes, die bedrückt durch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, der Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit beraubt durch den Zwang des militärischen Diszils, immer mehr sich durchringen zu der Erkenntnis von der Nothwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung unserer Gesellschafts- und Staatsordnung und die nicht zum mindesten zur Erleichterung der Volkslast das stehende Heer ersetzt wissen wollen durch die zu Verteidigungszwecken weit wirksamere allgemeine Volksbewaffnung. Wo soll die freisinnige Volkspartei dem Militarismus garnicht ernstlich an den Kragen geht, deshalb haben diejenigen unter ihren Anhängern, denen es ernst geworden ist mit der Bekämpfung des Molochs, sich in Haufen von ihr abgekehrt und für die Sozialdemokratie gestimmt.

Doch es ist ja auch nicht allein die schwächliche Haltung der Richter'schen Partei in der Frage der Heeresorganisation, welche sie dem arbeitenden Volke mehr und mehr entfremdet. Den nämlichlichen auteristischen Geist des Beharrens bei dem Bestehenden zeigt sie ja vor allem gegenüber der sozialpolitischen Bewegung und sogar in der angeblichen Demäne des Liberalismus, im Kampfe für die Freiheitsrechte des Volkes. Seine gänzliche Herdenblindheit für die sozialen Entwicklungsgeetze hat der Führer der freisinnigen Partei selber in so lächerlicher Weise in seinen zukunfts-phantastischen Trivialisitäten zur Schau gestellt und die Mancher-erwartung ist schon so oft Gegenstand unserer Kritik gewesen, daß wir auf diese schwache Seite der liberalisirenden Schamgarde des Kapitalismus hier nur hinweisen brauchen. Und was es mit den Freiheitsbestrebungen auf sich hat — nun das lehren uns die berüchtigte Abkommandierung, als es sich um die Verlängerung des Sozialistengesetzes handelte, und alle die Capricien des in unterthäniger Demuth erkerbenden Residenz-liberalismus im Rothen Hause, der die glänzendsten Säulen der freisinnigen Volkspartei zu seinen Stützen zählte. Haben denn in dem Namen dieser „freisinnigen Volkspartei“ die Worte „frei“ und „Volk“ überhaupt einen Sinn?

Recht lehrreich für die Berliner Herren, die sich jetzt ob ihrer Niederlage vermindert die Augen reiben, ist ein Vergleich mit dem Schicksal der sächsischen Volkspartei. Sie stieg in den Wahlkampf hinein ohne das Odium prinzipiell-widriger Diplomatenkriege zu Gunsten von Ausnahmengesetzen, ungeniert durch die Gesellschaft wabelkrämpferischer Hausböden, und obgleich ihr einziger sozialreformerischer Nimbus längst verblasst ist, hat die größere Reinheit ihrer politischen Bestrebungen ihr doch in der gegenwärtigen Krise genug genutzt, um sie vor irgend einem nennenswerten Verlust an Mandaten und Stimmen zu schützen. Die Zeit wird allerdings kommen, in der auch die württembergische Volkspartei zurückweichen muß vor der Sozialdemokratie, deren Zahlen jetzt wieder mächtig angeschwollen sind in den schwäbischen Landen. Aber vorläufig sind die wirtschaftlichen Verhältnisse dort noch günstiger dem Streben einer auf Kleinbürger und Bauern sich stützenden bürgerlichen Demokratie, und diese Demokratie selbst hat sich bisher noch prinzipientreues erwiesen als der längst zur Dienst-

magd der handelstreibenden Kapitalistenklasse herabgefallene norddeutsche Liberalismus.

Für Herrn Eugen Richter und seine Freunde ist dies eine Zeit trüber Betrachtungen. Doch sie mögen sich trösten. Es wird ihnen noch eine schönere Zukunft. Wenn die Gegensätze zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr verschleift haben werden in dem gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie, dann werden ihnen Junker und Arbeiter, rechtgläubige Prediger, Prediger und Rabbiner einen heroortragenden Platz einräumen in dem Koalitionsheere der Ordnungsparteien, und, den Hofprediger Stöcker an der einen, den Rabbi Hirsch Hildesheimer an der anderen Seite, wird Eugen den Philistrenscharen das mit der heiligen Spar-Krone geschmückte Banner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorantreiben. Schon blafen verschiedene freisinnige Organe zum Sammeln des Bürgerthums. Möchte ihr Postament nur bald Erfolg haben, damit die deutsch-freisinnigen Talente nicht im Schatten des Bürgerthums verkümmern.

Parteinachrichten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Braunschweig, wobei von beiden Klassen der Arbeiter und Unternehmer je 8 Vertreter zu wählen waren, wurden unsere Kandidaten mit je 1786 Stimmen gewählt. Zur Klasse der Unternehmer hatten wir keine Kandidaten aufgestellt. Die von den Unternehmern aufgestellten wurden, bei sehr schwacher Theilnehmung, jeder mit 76 Stimmen gewählt. Trotzdem, schreibt man uns, am Donnerstag erst die Reichstagswahl war, ist die Theilnehmung des Proletariats an der Gewerbegerichtswahl eine sehr große gewesen. Sollte also der Reichstag nochmals aufgelöst werden: immer zu! Die Braunschweiger Arbeiter sind schon auf neue Kämpfe vorbereitet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gegen den Genossen August Sebel soll die Staatsanwaltschaft in Straßburg i. E. Anklage eingeleitet haben wegen eines Wahlflugblattes, das zu seinen Gunsten dort verbreitet wurde. Das Flugblatt verleiht der Konstitution, Vermuthlich ist die Anklage auf eines der wunderbaren französischen, in Frankreich selbst längst abgeschafften Gesetze gestützt, nach denen sich der „wiedergewonnene Erberbstamm“ der Elsas-Bohringer heute noch richten muß. Das nennt man auch „deutsche“ Politik.

— Die Zwicauer Staatsanwaltschaft hat es abgelehnt, gegen den Bergmann Paul und Genossen wegen deren Verhalten im Prozeß Wiede Anklage auf Meineid zu erheben, was von unserm Genossen Glademir, dem jetzigen Redakteur des in Zwidaun erscheinenden „Glückauf“ verlangt worden war. Gegen den Bescheid der Zwicauer Staatsanwaltschaft hat nun Glademir Beschwerde beim Staatsanwalt des Oberlandesgerichts angemeldet.

— Vom Amtsgericht in Phehoe wurde am Freitag der bisher unbestrafte Gemeindevorordnete Genosse Hirsch wegen angeblicher Beleidigung eines früheren Nachtwächters zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt! Der Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft lautete auf 30 M. Geldstrafe. Gegen das Urtheil ist Berufung eingelegt.

Briefkasten der Redaktion.

Frau Ludwig. Besten Dank.
F. M. Schw. 26. 1. Sie müssen von neuem klagen. 2. Die Zeugen sind nicht mitzunehmen. 3. Die Kosten müssen Sie zahlen. 4. Sie werden am besten thun, einen Anwalt zu bestellen.
W. L. Hallbauer. Nur eine gegen den Thäter gerichtete Handlung des Richters unterbricht die Verjährung.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlfonds ferner folgende Beträge ein:
Gef. in der Schneiderwerkstelle Oberwallstraße 6,35. 3 Herren aus der Oberwallstraße 3,50. Sommervergügen durch Freitag 2,50. H. S. 2.—. Rothe Pleße 7,50. Klempner von Nonnenmacher 1.—. Stöder'scher Jünglingsverein durch Sch. 1.—. Schachklub Fortuna 1.—. Gef. von Gustav v. Spindler, Reichenbergstr. 2.—. Gesangverein Mohr'sches Doppelquartett 5.—. Krent'sche Druckerei 5.—. Von einem deutschen Sozialisten, Amsterdam, 10.—. Rothe Räderverein Jägerstr. 7.—. Kurfürst 148 1,50. G. H. Solmsstr. 28 2.—. Für's allgemeine Wahlrecht 1.—. R. W., gesammelt unter Bekannten 1,50. Pique Bauer 1.—. H. u. G. Weg 20.—. Von den Arbeitern und einigen Arbeiterinnen der Stroß- und Filzfabrik Goldstein u. Silberstein 7,10. Buchdrucker O. G. 3,85. Gesammelt durch G. H. 3.—. 2 Ciseleure 1.—. U. S. 0,50. Albert und Hugo 2,75. 1 Schuhmacher Drantenburgerstraße 0,50. Thran 1,50. O. S.—. Verein der Filzgießer 10.—. Gesammelt beim Mittagsklub Reichstr. 24, 2. Rate 4,35. Es werde Licht 6. Rate 11.—. Malerwerkstatt Mantuffelstraße 6.—. Von den Provinzialen durch F. Meinert 5.—. Von Arbeitern einer künigl. Musterwerkstatt durch Kleinert 4,55. Gleiches Recht für Alle 2.—. Gef. in der Kofferfabrik von Findeisen, Straßauerstraße 58, 6.—. 2. Rate gesammelt von 2 Frauen u. 6 rothen Maschinen 4.—. Zigarettenmacher R. F. 1.—. E. F. Regierungsbezirk Danzig 21,10. Von sieben Kellernwärmern aus der Gerichtsstraße 23 vordere Keller 3,50. Von den Gefellen bei Nimmann, Weidenburgerstraße 30, 5,50. 2 Rothe Hecken 2.—. Von den Bekleidern vom Gärthner Ufer durch Ulrich 9,40. Prachow 3.—. Ein Parteigenosse, Zionskirch-Platz 30.—. Arbeiter-Gesangverein Olympia 10.—. G. H. Kottbuser Ufer 8,25. Gef. in der Buchbinderei, Lindenstr. 69, 1,80. König 1,50. Bayer 6.—. W. L. in 2. 400.—. Gef. Bau Steinmeyer 24 (Neuer), außer einem Raubbeinigen, 6.—. 9 rothe Müller durch Groß 2,10. Ein Rögel zum Sarge der Fortschrittspartei B. Grimm 3,05. J. N., Streiberstr. 33, 3.—. Strunk, Griner Weg 5.—. Rathmann, Gollnowstraße 3.—. Jodel — 50. 2 Rothe aus Lützen 4.—. Gebhardt'sche Malerwerkstatt, Nibdorf, 2,80. H. Kühn 1.—. Eckardt Söhne 4.—. Summa 691,35 M. Bereits quittirt 12 128,35 M.; in Summa 12 819,70 M.
Verein der Filzfabrik-Arbeiter. Wozu soll der eingesandte Betrag verwendet werden?
Kose. Wird gern entgegengenommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 22. Juni.
Opernhaus. Orpheus und Eurydike
Neues Theater. Letzte Liebe.
Deutsches Theater. Faust.
Berliner Theater. Der Hüttenfeger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Fledermaus.
Kroll's Theater. Martha.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Adolf-Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz - Theater. Geschlossen.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 192.
Im Theater:
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Das Käthchen von Heilbronn.
Romantisch. Ritter-Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel.
Das heimliche Gericht.
Von H. v. Kleist. Regie: H. Hummel.
Raffensöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten:
Die Konfektionerie.
Vollständ. m. Gesang u. Tanz in 4 Akten von Friedrich.
Regie: Frh. Schäfer.
Vor und nach der „Konfektionerie“:
Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Freitag im Theater:
Vor Sonnenaufgang.
Soziales Drama von Gerh. Hauptmann.
Sonnabend: Volksvorstellung.

Passage-Panopticum.
Neu:
Blaue Grotte.
Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
Täglich 6-10:
Spezialitäten-Theater ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schreden des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Musikal. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schrockenkammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen.

Commandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger vom Arnstall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant.
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnhof Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 22. Juni:
Auf. 8 Uhr Große Auf. 8 Uhr Künstler- und Spezialitäten-Vorstellung
mit ausgewähltem Programm.
Auftreten der Damen: Sign. Thereso Spampani, ausgezeichnete Campagne-Reiterin. Mit Käthe Les in ihren größten Trabouren zu Pferde. Frau. Joannette Ranz, Barforce-Reiterin. Fräul. Marie in ihren Pirouetten zu Pferde. Fräul. Rosa, Grotesk-Reiterin. Fräul. Helene, Voltigeuse. Wieder-Auftreten des weltberühmten Chevaliers Roberto Alfonso. Die Original-Mowis Gebr. Woldemann und Gebr. Kulper. Die aus 6 Personen bestehende italienische Akrobaten-Familie Pischiani, sowie Auftreten d. vorzüglichsten Reiter, Akrobaten etc.
Morgen: **3. Gr. Clown-Vorstellung.**
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Schweizer-Garten am Königthor.

Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Pamera, Max Grabow, Gebr. Dissonato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verorora.
Im Saale: **BALL.** [4199L*]

Ostbahn-Park
am Rühriner Platz, (Hermann Imbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: **Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Pantomimisten-Truppe Garetton, urkom. Takameter, Droschkenfahrt, Mr. De Dolis, Neger-Exerzic etc.
Vollbelustig. jeder Art. 4 Regelparkbahnen zur Verfügung.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L* **Heimuth Peters.**

Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen. Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochen. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee-Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kalkofenküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Freie Berliner Kunstausstellung
1893 Juni bis September 1893
Hohenzollern-Gallerie (Moltkebr.).
Geöffnet von 10-10. Entrée 50 Pf.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. dtsh. Wagenbauer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 19. d. M., unser Mitglieb, der Gürtler **Franz Tessmann** verschieden ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Juni, Nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Urban nach dem Thomas-Kirchhof statt.
Die Ortsverwaltung Berlin 4.

Ortskrankenkasse der Alempner.

Einladung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu der am Freitag, 30. Juni, Ab. 8 Uhr, bei Mundt, Köpcke-Str. 100, stattfindenden **Außerordentlichen Generalversammlung.**
Tagesordnung:
1. Nochmalige Beschlußfassung über das vom Bezirksausschuß nicht definitiv genehmigte Statut, sowie über die Verhaltungsregeln für erkrankte Mitglieder und Festsetzung der Mahngebühren.
2. Erledigung des bei der Decharge-erteilung am 16. April d. J. zurückgestellten Punktes (Klagefache betr.).
5006 **Der Vorstand.**

Verloren

wurde am Dienstag ein Statutenbuch des Berliner Metallarbeiter-Verbandes, einlegend ungefähr 45 Beitragsmarken für denselben und etwa 20 Unterstüßungsmarken des Fachvereins der Uhrmacher. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe im „Arbeitsnachweis der Metallarbeiter“, Wallstr. 7-8, abzugeben. 501b

Der Schutzengel D.R.P.a.



Preis 3 u. 4 M.
macht es den Kindern unmöglich, das Fenster zu öffnen, und verhindert das Hinausfallen der Kinder aus offenkundigen Fenstern. Gegen Eins. von M. 3,50 resp. 4,50 franko bei **Littauer, Berlin, Landbergerstr. 25/26.**
Prospecte gratis und franko. [56/9]

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige **Normal-Schlafdecken**
mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 8788L*
Steppdecken- Emil Lefèvre, Fabrik Berlin 8, Oranienstr. 158.

Arbeitsmarkt. Grundrizer

gegen hohen Lohn bei ständiger Arbeit sucht **Plagemann u. Maack, Gotha.**
Ein tüchtiger Monteur auf Bierapparate wird verlangt 491b
Fr. Korfa, Invalidenstr. 135.

Blätterinnen

auf Oberhemden, Servietten, Kragen und Manschetten finden lohnende Beschäftigung bei **Gebrüder Borchardt, Neue Königstr. 19.**
Verfälscher auf glatte Leisten verl. **Ad. Göpfert, Markstr. 44, 2 Tr.**
Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 4988L*

3. Wahlkreis. Öffentliche Wähler-Versammlung

heute, Donnerstag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saal von Buggenhagen am Moritzplatz.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl zwischen Mundel und Vogtherr. Referenten **Th. Glocke** und Reichstags-Kandidat **Ewald Vogtherr.**
2. Diskussion.
Die Wähler aller Parteien werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer. 847/13

5. Wahlkreis. Große öffentliche Wähler-Versammlung

am Donnerstag, den 22. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei „Friedrichshain“ (fr. Lips).
Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Dr. Bruno Schoenlank.** 2. Diskussion.
Alle Wähler des 5. Wahlkreises sind hierzu eingeladen.
Das Wahlcomité. 851/13

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis! 2 gr. öffentl. Versammlungen

am Freitag, den 23. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr.
1. **Germania-Säle,** Chausseestraße Nr. 103. Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**
2. **Schützenhaus,** Liniestraße Nr. 5. Referent Reichstags-Kandidat **Rob. Schmidt.**
Alle Wähler des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises sind zu diesen Versammlungen eingeladen. 851/12

Rixdorf. Große öffentl. Wählerversammlung

am Freitag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gröpler, Bergstraße Nr. 129.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Genosse **Julius Türk.** 2. Diskussion. — Um zahlreiches Erscheinen bittet **Das Wahlcomité.**
Das Wahlergebnis wird am Sonnabend Abend 9 Uhr in demselben Lokale, sowie in Wiersing's Lokal, Knefelerstraße 76, verkündet. 419/20 **Das Wahlcomité.**

Adlershof und Umgegend. Am Freitag, den 23. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr, in „Wöllstein's Lustgarten“ zu Adlershof:

Große öffentl. Wählerversammlung
Tagesordnung:
1. Die bevorstehenden Stichwahlen. Referent **Gen. Augustin.**
2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. 502b **Der Vertrauensmann.**

Friedrichshagen. Große öffentl. Wählerversammlung

am Freitag, den 23. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Lerche (Mundtheil).
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Stichwahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Wahlbureau befindet sich am Wahltag im Restaurant **A. Blanke, Friedrichstraße 59,** woselbst sich auch Genossen, die bei der Wahl helfen wollen, melden können. 838/9 **Das sozialdemokratische Wahlcomité.**

Charlottenburg. Freitag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, in „Bismarckshöhe“:

Grosse öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Stadtverordneter **Frh. Jubeil-Berlin.** 2. Diskussion. 421/1
Sonnabend, den 24. Juni, Abends 8 Uhr, in beiden Lokalen „Bismarckshöhe“ und „Gambrius-Brauerei“, Wallstraße 46: Verkündung des Wahlergebnisses. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Lokal-Wahlcomité.**

Achtung! Steinmetzen. Achtung! Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 25. Juni, Vorm. 11 Uhr, bei **Müller, Johannisstr. 30.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom 6. deutschen Steinmetz-Kongress zu Frankfurt a. M. 2. Verschiedenes. 286/15
Die Marmor- und Granitarbeiter sind freundlich eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Sonnabend, den 24. Juni 1893: Zum Schultheiß (früher Biskeller), Chausseestr. 88:

Gr. Sommerfest, veranstaltet vom **Gezangverein Sängerbund der Töpfer Berlins** (Mitglied d. Arbeiter-Sängerbundes). Dirigent: Herr **Lieber,** verbunden mit **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Alles Nähere die Programme. Die **Kassensätze** steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. **Anfang des Konzerts 6 Uhr.** 492b **Der Vorstand.**
Um regen Zuspruch bittet **Der Vorstand.**

Die Reichstagswahl.

Gegen den Aufruf der Zentrumsparthei im Kreise Hagen-Schwelm, der die Katholiken auffordert, für Eugen Richter zu stimmen, veröffentlichten katholische Arbeiter in der dortigen „Volkswacht“ eine Erklärung, worin unter treffender Kritik des unsympathischen Verhaltens, das Eugen Richter von jeher gegen die Arbeiter beobachtet hat, ausgeführt ist: Wir geben bei der Stichwahl dem Arbeiterkandidaten Herrn Ernst Breil unsere Stimme und bleiben dabei nach wie vor gute Katholiken und treue Anhänger unserer Kirche, was wir mit unserem Gewissen gut vereinigen können, denn die Sozialdemokratie bekämpft niemals die Kirche, wo sie sich ihrem Berufe gemäß in den Dienst der Gerechtigkeit stellt, diejenigen, die das Gegenteil von der Sozialdemokratie böswillig behaupten, verfolgen unter diesem heuchlerischen Vorwande andere (uns bekannte) Interessen, als die der Kirche.“

In Karlsruhe stimmt die sozialdemokratische Partei für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, der ein erklärter Gegner der Militärvorlage ist.

Der Vorstand der deutschfreisinnigen Partei in Mainz beschloß folgende Erklärung: „Da die deutschfreisinnige Partei unter keinen Umständen für einen Kandidaten eintreten kann, welcher nach seinen eigenen bestimmten Erklärungen ein unbedingter Anhänger der Militärvorlage und ebenso entschiedener Gegner der Handelsverträge ist, so müssen wir unseren Parteigenossen und Bekanntheitsgenossen anempfehlen, ihre Stimmen bei der bevorstehenden Stichwahl für den Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben.“ — Der Ausschuß der „demokratischen“ Partei beschloß dagegen, seinen Parteigenossen Wahlenthaltung zu empfehlen.

Zur Stichwahl in Potsdam-Dönhavelland, wo unser Kandidat Wernau mit dem konservativen Prediger Schall in Kadow um das Mandat kämpft, schreibt der „Anzeiger für das Havelland“: „Die Führer der freisinnigen Partei in unserem Wahlkreise haben beschloßen, es dem freien Ermessen der Parteigenossen zu überlassen, wie sie in der bevorstehenden Stichwahl zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Kandidaten stimmen wollen. Die liberalen Männer sind politisch selbständig genug und bedürfen keiner Direktive in dieser Frage.“

In Wiesbaden hat der Vorstand der Freisinnigen Volkspartei die Empfehlung des gegen unseren Genossen Fleischmann in Stichwahl stehenden Wadelstrumpfs Koepf abgelehnt. „Hoffentlich“, schreibt die „Volks-Ztg.“, „finden sich in Wiesbaden noch Volksparteiler genug, die den Durchfall Koepfs nicht bloß wahrscheinlich, sondern sicher machen.“

Wahlbeeinflussungen sind, wie die „Thüringer Tribüne“ meldet, in den an der Gera bei Erfurt gelegenen Dörfern mit unerhörter Dreistigkeit geübt worden. In Walsleben sei unter starker polizeilicher Aufsicht gewählt worden, so daß viele Landleute aus Angst vor Nachtheilen gegen ihre Ueberzeugung für den Antisemiten Jacobolötter stimmten. In Elleben habe sich der Wahlvorsteher sogar erdreistet, die Stimmzettel zu öffnen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee wird für Sorge treffen, daß bei der Stichwahl Ungerechtigkeiten nicht vorkommen können.

Freitag, den 23. Juni, finden ferner Stichwahlen statt in Elberfeld.

Die Stichwahl in Speier-Ludwigshafen, wo unser Genosse Ehrhardt mit dem Nationalliberalen Klemm um das Mandat ringt, findet nicht, wie in dem rechtsrheinischen Bayern, am 20., sondern Sonnabend, den 24. Juni, statt.

In der Provinz Hannover sind gegen die Militärvorlage 205 620, für 157 108 Stimmen abgegeben worden. Trotz des kolossalen Druckes, der von den Nationalliberalen und Reichsparteilern auf die abhängigen Wählermassen ausgeübt wurde, erlitt die Regierung also eine vollständige Niederlage.

Im Großherzogthum Baden wurden gegen die Militärvorlage 195 110, dafür nur 124 759 Stimmen abgegeben; nach Parteien wurden insgesammt Zettel abgegeben: 84 033 nationalliberale, 14 876 konservative, 71 140 Zentrums, 26 617 demokratisch-freisinnige, 37 895 sozialdemokratische, 7313 antisemitische, 18 537 wilde (Vender, v. Hornstein) Zettel, zusammen 289 869 Zettel. — In ganz Württemberg wurden für die Militärvorlage 97 841, dagegen 205 711 Stimmen abgegeben.

Nur prinzipienfest! In der „Vossischen Zeitung“, die übrigens gleichfalls die Fabel von dem rheinpfälzischen Wahlbündniß des Zentrums und unserer Partei, die unendlich widerlegt ist, behaglich breittreibt, liest man:

„In Halle hat die konservative Partei — erfreulich er Weise — ausdrücklich erklärt, den freisinnigen Kandidaten Dr. Alexander Meyer mit ganzer Kraft gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen. Und in Berlin, wo die antisemitisch-konservative Partei Wahlenthaltung beschloßen hat, erklärt jetzt selbst die „Kreuz-Zeitung“, daß dieser Beschluß mindestens voreilig gewesen sei. Dieses leitende Organ der Rechten weiß also auch nicht mehr von der Wahlparole der Parteileitung und hält unter Umständen ein abweichendes Verfahren nicht nur für berechtigt, sondern für geboten. Und da sollte eine freisinnige Wählerchaft nicht soweit Kraft haben, ebenfalls nach den Verhältnissen des Wahlkreises in der Stichwahl zu handeln?“

Die „Vossische Zeitung“ meldet ferner: „Es ist bereits hervorgehoben worden, daß die von der konservativen Partei in Berlin ausgegebene Wahlparole der Stimmenthaltung bei den hiesigen Stichwahlen auf Widerspruch selbst bei der Parteipresse stößt. Wie wir hören, wird diese Wahlparole auch an einflussreichen Stellen als verkehrt angesehen. Beispielsweise hat einer der aktiven Minister unumwunden erklärt, er werde im zweiten Wahlkreise für Birchow stimmen und halte die gleiche Abstimmung aller konservativen und nationalen Wähler dieses Kreises für geboten.“

Wenn nun der Birchow-Karren nicht aus dem Sumpf kommt, dann ist alles verloren. „Einer der aktiven Minister“, auf die Knie zur Anbetung, Ihr liberalen Mannesfeinden, eine „Eggellenz“ stimmt für Birchow.

In Mühlhausen i. G. sind am 15. Juni 1000 weiße Zettel abgegeben worden. Sie stammen von solchen Wählern, die weder sozialdemokratisch, noch ultramontan wählen wollten.

Das Wachstum der Sozialdemokratie bespricht die „Berliner Börsen-Zeitung“, ein nationalliberal-großkapitalistisches Blatt. Aus dem wirren Sammelsurium sei Etliches, das keiner Kritik bedarf, herausgehoben:

„In dem zweiten der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 ist als Aufgabe der Staatsgewalt bezeichnet worden, dafür zu sorgen, daß auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter befriedigt werden. Dieses Wort hat bei den Arbeitern große Hoffnungen erweckt, namentlich bei denjenigen, deren Bedürfnisse

nicht ganz bescheiden gemessen sind. Die aus dem Erlasse hergeleiteten Ansprüche konnten nicht befriedigt werden. Das Vertrauen des Kaisers, daß die durch das Schutzesetz vor manchem Uebel behüteten Arbeiter der Sozialdemokratie fern bleiben würden, hat sich nicht erfüllt. Schon die am 14. Mai 1888 (1889) von ihm empfangenen drei westfälischen Bergleute waren Sozialdemokraten; am 16. Mai rühmte der Kaiser vor ihnen beim Empfange der Gewerke, er habe sich gefreut, daß sie sich jeder Fälschung mit der Sozialdemokratie enthalten, den Einmischungsversuch derselben energisch abgewiesen hätten; aber schon acht Tage später sind in Bochum diese Delegirten mit vielen Anderen verhaftet worden, weil ein „Verzweiflungskampf“ angekündigt worden war. Als am 28. Februar 1890 der Kaiser die Sitzungen des Staatsrathes schloß, äußerte er, es habe sich lediglich um die Ermittelung berechtigter Wünsche der Arbeiter gehandelt, und fügte hinzu: „Das die Sozialdemokratie betrifft, so ist das eine andere Sorge, mit der werde ich nöthigenfalls allein fertig werden und bedarf Ihres Rathes und Ihrer Unterstützung nicht.“

Daß manche Vorgänge in Preußen und im Reiche, ohne daß die Handelnden es ahnten, der Sozialdemokratie starken Vorschub geleistet haben, ist oft beklagt worden. Die Steuerprojekte, namentlich die geplante Erhöhung der Brausteuer, die vom Schatzsekretär vorgeschlagene, vom Bundesrath abgelehnte Einschränkung der „Liebesgabe“ bei der Brauntweinsteuer waren dankbare Gegenstände der Agitation. Der Konflikt zwischen den Klagen preussischer Minister über Mangel an Mitteln mit der gleichzeitigen Disposition über sehr große Summen für die Ständeherrn, für Lumberland, für den Dombau sprach nicht für weise und sparsame Wirtschaft. Das Schloßprojekt folgte allzu schnell auf die Schloßfreizeits-Lotterie, Monumentalfragen sind behandelt worden zur Verhinderung der Künstler und Kunstler wie zum Staunen der Laten. Die Reform des Strafverfahrens stößt immer wieder auf Hindernisse, der Fall Lüch hat lange Zeit große Erregung verursacht ehe eine halbe Abhilfe erfolgte. Die Sozialdemokratie hat von ihren schärfsten Gegnern die reichste Unterstützung erhalten.“

In Mecklenburg stellt sich die Stimmzahl unserer Partei gegen früher wie folgt:

	1890	1893
1. Wahlkreis:	4877	4002
2. „	7637	6743
3. „	8046	8362
4. „	1182	8698
5. „	6974	7304
6. „	2882	3811
Meckl.-Strelitz:	1087	8300
	28235	32220

Aus dem heftigen Wahlkreis Friedberg-Wädlingen wird uns geschrieben: Der Kampf war schwer und bewegt. In katholischen Orten haben wir keine Säle bekommen, bei unseren wirklich noch wohlhabenden Bauern waren nur die gebildeten, überzeugungstreuen Männer auf unserer Seite. Der Freisinn hat genau um die Hälfte verloren. Die Proletarier der ärmsten Schichten ließen sich von den Nationalliberalen durch Spenden von Schnaps, Würtchen und Freibier einfangen. Ein großer Theil der Juden stimmte aus purer Angst für den nationalliberalen Grafen Oriola und half so den freisinnigen Kandidaten zu Fall und den Antisemiten in die Stichwahl mit Oriola bringen. Unsere Genossen haben 10—14stündige Touren gemacht und oftmals in den Wirtschaften nicht Speis und Trank erhalten, aber die Bevölkerung hat doch ein anderes Bild von uns bekommen.

Der Kuhhandel. Die nationalliberale „National-Zeitung“ schreibt: „Nachdem die Zentrallitung der freisinnigen Volkspartei die Unterstützung der nationalliberalen Kandidaten in den Wahlkreisen Wensheim-Erbach, Sieben, Friedberg-Wädlingen, Alsfeld-Lauterbach und Siegen zugesichert, ist von seiten des geschäftsführenden Ausschusses des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei die Unterstützung des Kandidaten der freisinnigen Volkspartei in Lennepe-Nettmann, Erlangen-Fürth und Kulmbach bei den betr. Kreiskomitees dringlich empfohlen worden. Für Hagen hat die dortige nationalliberale Parteileitung bereits Wahlenthaltung empfohlen, wonach die Niederlage des Sozialdemokraten, der 3000 Stimmen weniger als sein freisinniger Gegner hat, als gesichert gelten kann.“ — In den zuerst genannten Wahlkreisen stehen den Nationalliberalen antisemitische, in den zuletzt genannten Wahlkreisen den freisinnigen zwei sozialdemokratische und (in Forchheim-Kulmbach) ein kerikaler Kandidat gegenüber. — Der in Reichenbach-Neurode mit unserem Genossen Kühn in Stichwahl stehende kerikale Rathsherr Conrad zu Neurode hat auf eine Anfrage des konservativen neuen Wahlvereins betreffs der Militärvorlage sich dahin verpflichtet: „Ich erkläre auf dem Boden des Zentrums, ohne mich für den Antrag Caprivi-Huene zu binden, alles was nachweisbar notwendig und erschwänglich ist, zu bewilligen, falls die Deckung so herbeigeführt wird, daß der Mittel- und Kleinstand nicht weiter belastet wird.“ Diese Erklärung ist von dem neuen Wahlverein nicht für „genügend“ erachtet worden; es wird indeß weiter gehandelt.

In Mecklenburg hat, so wird uns geschrieben, die sozialdemokratische Sache in allen Wahlkreisen größere oder geringere Fortschritte gemacht. Die rapiden Erfolge bei der vorigen Wahl schlossen allerdings diesmal ein Wachsen um 50 pCt. aus. Säle wurden vielfach verweigert. Das Ergebnis für die parlamentarische Vertretung Mecklenburgs wird hoffentlich sein, daß der fünfte Wahlkreis, Rostock, diesmal einen sozialdemokratischen Abgeordneten bekommt. Strelitz wird wahrscheinlich den freisinnigen von den Konservativen abgenommen werden. Sonst aber dürfte alles beim Alten bleiben. Die Wahl des Konservativen in Strelitz hat der „freisinnige“ Kandidat Wilbrandt wesentlich mitverschuldet, da er sich in der Militärfrage auf den nationalliberalen Standpunkt (Gewilligung ohne zweijährige Dienstzeit) stellte und auch den Agrarien so weit entgegenkam, daß seine Agitation vielmehr deren Sache förderte. Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Wahlkreise seit 1890 verdupelt. Der für die Wahl des konservativen Rand eintretende Pastor Steffen-Wahrende gab die Nothlage der Arbeiter zu, erklärte sie aber aus der schlechten Gewohnheit der Arbeiter, zu viele Kinder zu erzeugen! Im fünften und sechsten Wahlkreise agitirte gegen die Sozialdemokratie vom Standpunkte der Unabhängigen aus und zu gunsten der Konservativen, von denen er bezahlt wurde, der ehemalige Theologe und jetzige Knecht Begerow. Der Bursche ist jetzt, nachdem seine Vergangenheit bekannt geworden ist, unschädlich.

In Schlesien erregt, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ein Volkswirer Stückchen, das sich bei den Reichstagswahlen zugetragen, große Heiterkeit. Der Kandidat des Bundes der Landwirthe im Glogauer Wahlkreise, Gutsherr Schulz-Prostau, hat, ohne eine Ahnung von der Zuständigkeit des Reichstags zu haben,

auf eine Anfrage aus Volkswirer erklärt, daß er sich „im Falle einer auf ihn fallenden Wahl zum Reichstagsabgeordneten für das Projekt einer Bahnverbindung der Stadt Volkswirer an zuständiger Stelle gern verwenden und befragen wolle, daß diese Bahn als Primär- oder Sekundärbahn gebaut wird.“ Ein in Volkswirer gedrucktes Flugblatt verkündet der Bürgerschaft die frohe Kunde. Augenscheinlich ahnen die Flugblattverfasser eben so wenig als ihr Kandidat, daß der Eisenbahnbau Sache der Einzelstaaten ist.

In Stettin will der Vorstand der freisinnigen Volkspartei den Beschluß darüber, für wen ihre Namen zu stimmen haben, ob für den Sozialdemokraten oder für den Kartellbruder, „geheim“ halten. Das ist tapfer und weise! —

Aus Mannheim wird gemeldet: Die demokratische Partei beschloß, bei der Stichwahl für unsern Parteigenossen Dreesbach und gegen den Nationalliberalen einzutreten.

In Frankfurt a. M. hat der Wahlausschuß der Volkspartei den Parteigenossen empfohlen, bei der Stichwahl zwischen Oswaldt (natl.) und Wilhelm Schmidt (Soz.) für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Nationalliberale Drohungen. Die kontrollirte „National-Zeitung“ schreibt: „Einige Stichwahlen, bei denen die freisinnige Volkspartei zwischen Nationalliberalen, resp. Konservativen und Konservativen und Sozialdemokraten den Ausschlag geben kann, so in Solingen, Elberfeld, Hanau, finden schon am 23., also vor dem für die meisten Stichwahlen bestimmten Tage statt; man wird an diesem somit schon wissen, wie die freisinnige Volkspartei sich dort thatsächlich verhalten hat.“ Wehe also den Richterschen, wenn sie am 23. Juni kein der „Gentlemen“-Partei genehmtes Preiszeugniß beibringen.

In Speyer empfiehlt der Wahlvorstand des Zentrums bei der Stichwahl Wahlenthaltung. Damit ist das alberne Gerede von einem ultramontan-sozialistischen Kompromiß bündig widerlegt.

Die Wahlerfolge unserer Partei werden von den Arbeitern des Auslandes sorgfältig aufs freudigste begrüßt. Aus Mailand liegt hierfür wieder ein Zeugniß vor. Dort fand am 17. Juni eine imposante Kundgebung zu gunsten der deutschen Sozialdemokratie statt. Die „Kölnische Volks-Ztg.“ berichtet darüber: Etwa 2000 Arbeiter und Handwerker durchzogen mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen unter Jubelrufen die Straßen der Stadt. Die Marschmusik wurde gesungen und gespielt. Der Zug, welcher sich auf der Piazza del Duomo gebildet hatte, bewegte sich durch den Corso Vittorio Emanuele, die Hauptader des Verkehrs, und hielt vor dem deutschen Konsulatsgebäude an. Dort wurde der Führer Cicotti auf kräftigen Schultern in die Höhe gehoben und hielt von dieser lebenden Bühne aus eine begeisterte Lobrede auf die deutschen Sozialisten, welche vielfach durch markerschütternde Beifallsrufe unterbrochen wurde. Zur Verhütung etwaiger unliebsamer Ausschreitungen war das Konsulatsgebäude von einigen zwanzig Karabinieren bewacht. Die Sache verlief jedoch ganz ruhig. Nachdem die Rede beendet war, zogen die Sozialisten wieder nach dem Domplatz, wo eine zweite Ansprache von einem Gelegenheitsredner gehalten wurde. Dieselbe wurde mit derselben Begeisterung angehört wie die erste, worauf die Versammlung auf friedliche Weise sich verließ.

Tokales.

An die Berliner Parteigenossen! Zur Unterstützung bei den Wahlarbeiten eruchen wir alle Genossen, denen es möglich ist, sich am Wahltage von der Arbeit frei zu machen, sich uns

Sonnabend früh 7 Uhr

in folgenden Lokalen zur Verfügung zu stellen:

1. Wahlkreis: Trieschmann, Jüdenstr. 55.
2. Wahlkreis: Vockbrauerei, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: Gründel, Dresdenerstr. 118.
4. Wahlkreis: Pyrtel, Gipsstr. 8.

Ganz besonders richten wir diese Aufforderung an die selbstständigen Gewerbetreibenden, die sich zu unserer Partei rechnen und die ja nicht wie die Arbeiter Maßregelungen zu befürchten haben.

Die Vertrauensleute Berlins.

Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Am Donnerstag, den 22. Juni, findet im zweiten Wahlkreis abermals eine Flugblatt-Verteilung statt. Genossen, welche gewillt sind hierbei mitzuhelfen, werden ersucht, sich am Donnerstag, Abends 7 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden:

- Hermann Werner, Wälowstr. 59, Restauration.
 - Wwe. Läge, Fürbringerstr. 22, Restauration.
 - Sachs, Markgrafenstr. 102, Restauration.
 - Leopold, Markgrafenstr. 89, Restauration.
 - Wilk. Grube, Mariendorfer u. Solmsstr.-Ecke, Rest.
 - Otto Klein, Schönleinstr. 6, Restauration.
- Alle Parteigenossen, besonders derjenigen Kreise, welche keine Stichwahlen durchzumachen haben, und gewillt sind, am Tage der Stichwahl im zweiten Wahlkreis mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen von 7 1/2 Uhr Morgens ab einzufinden: Zentral-Bureau Vockbrauerei (Tempelhofer Berg).
1. Wahl-Bureau bei H. Werner, Wälowstr. 59.
 2. „ „ Leopold, Markgrafenstr. 89.
 3. „ „ Kresse, Fichtestr. 29.
- Das Wahl-Komitee.

Alle Parteigenossen derjenigen Kreise, welche keine Stichwahlen durchzumachen haben, werden ersucht, sich uns zur Stichwahl zur Verfügung zu stellen und sich am Donnerstag, den 22. Juni, Abends 7 Uhr, zur Verbreitung der Flugblätter an folgenden Stellen einzufinden:

1. Trieschmann, Jüdenstr. 55;
2. Sommer, Grünstr. 21;
3. Seidenhändler, Jäger- und Kanonierstraßen-Ecke;
4. Stodtisch, Holzgartenstr. 5;
5. Lehmann, Ohmstraße 5a;
6. Wendl, Claudiusstr. 19;
7. Kronenstr. 53, Stechbühle. Das Komitee.

3. Wahlkreis. Die Genossen werden gebeten, sich heute Abend an den bekannten Stellen zur Verbreitung eines Flugblattes einzufinden.

Die Genossen des 4. Wahlkreises (Osten), die am Tage der Stichwahl mitwirken wollen, werden gebeten, sich am Donnerstag Abend bei Frau Wille, Andreasstr. 26, einzufinden. Besonders bitten wir die Gasmirthe und Geschäftsleute, welche unserer Partei angehören, uns zu unterstützen, da voraussichtlich

viele Arbeiter am Sonnabend verhindert sein werden, für uns thätig zu sein.

Die Vertrauenspersonen.

Vierter Wahlkreis. Parteigenossen, welche bei der Stichwahl im Niederbarnimer Kreis am Sonnabend helfen wollen, bitte sich bei Emil Böhl, Frankfurter Allee 74, am Freitag Abend 8 Uhr einzufinden, um das Nähere zu besprechen.
Oskar Schulz, Friedrichsberg, Friedrichsstr. 34.

Achtung! V. Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Donnerstag, Abends 7 1/2 Uhr, ein Flugblatt zur Verbreitung gelangt. Nicht allein die in diesem Wahlkreis wohnenden Genossen, sondern auch die der anderen Berliner Wahlkreise werden ersucht, sich zahlreich an dieser Arbeit zu beteiligen. Zur Ausgabe gelangt das Flugblatt in den Lokalen: Hirtenstr. 10, Kleine Hamburgerstr. 27 und Neue Königstr. 89.
Das Wahlkomitee.

Achtung, G. Wahlkreis!

Alle diejenigen Genossen, die gewillt sind, am Tage der Stichwahl zur Agitation in den Kreisen Potsdam-Ost-Cavelland und Niederbarnim sich zur Verfügung zu stellen, werden ersucht, sich am Donnerstag, den 22. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen zu melden:
Hermerschmidt, Berlebergerstr. 29.
Wille, Hochstr. 32a.
Wichel, Elisabethstr. 18,
Pichle, Schwebelstr. 33.

Fahrt und Zehrungskosten werden vergütet. Zugleich ersuchen wir diejenigen Genossen, welche am Tage der Stichwahl im 5. Wahlkreise thätig sein wollen, sich im Zentral-Bureau, Gipsstr. 3, zu melden.

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Rosenthaler Vorstadt!

Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, noch weiter thätig zu sein, werden ersucht, sich am Donnerstag, Abends 7 1/2 Uhr, zur Flugblatt-Verbreitung im 5. Wahlkreis bei Wittschow, Kl. Hamburger- und Gieselerstr. Ecke einzufinden.
Die Vertrauensperson.

Wähler von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!

Ihr steht vor einer furchtbaren Katastrophe. Am nächsten Sonntag dürfte der Wahlkreis bereits wie Sodom und Gomorrha vernichtet und Ihr Alle mit Weib und Kind gleich der Flotte Korak von der Erde verschlungen sein. Das ist Euer Schicksal, weil es Euch das Flugblatt der Ordnungsparteien, welches das Komitee des Kirchspiels Sperenberg verbreitet, prophezeit, wenn Ihr den Oberamtmanng Ring nicht wählt. Es schreibt wörtlich:

„Seht Ihr nicht, wie Gott Euch seinen befruchtenden Regen vorenthält, Euren Roggen verlämmern, Eure Weiden verdorren, Euer Vieh verhungern und dursten läßt, weil der rächende Gott unwillig seine fürsorgliche Hand wegen Eurer gegenwärtigen Verirrung von Euch wegwendet?“

Und dieses Flugblatt, das förmlich von päpstlicher Gemeinheit getränkt ist, während es sich mit seiner „Religion“ und seinem „Patriotismus“ brüht, droht Euch wahrhaft **christlich** an, daß Euch die Arbeitgeber, wenn Ihr sozialdemokratisch wählt, aus der Arbeit jagen und austrufen werden:

„Laßt das gottvergeßene, vaterlandslose Gesindel betriegen gehen, wenn es hungrig ist.“

Und nach dieser provozierenden Drohung kommt denn noch die pfäfflich-spißbüßische Mahnung an Euch, wenn Ihr denn doch Jubel wählt, es nicht etwa geheim zu thun, indem Ihr konservative Wahlzettel benutzt und den Namen abändert, sondern Euch dann lieber der Wahl zu enthalten.

Schließlich reicht dann noch der pfäfflich-konservative Aufruf den Freisinnigen zur Veröhnung die Bruderkand, um gemeinsam gegen den Sozialdemokraten Jubel für den „Herrn Oberamtmanng Ring“, „Düppel“ einzutreten.

Wahrlich mit Ekel muß jeder Mensch, der nur ein Fäulnis-Anstalt besitzt, sich von diesem Anstalt abwenden, und wäre er selbst der Todfeind der Sozialdemokratie, lieber für sie seine Stimme geben, um nur nicht gemeinsame Sache mit dem Schreiber jenes Flugblatts zu machen.

Zu letzter Verzweiflung hat sich zur Ohnmacht der Gegner die wüßte Verstandeslosigkeit bemächtigt und nur ihr ist die blamirte Lächerlichkeit dieses und anderer Flugblätter zuzuschreiben. Die beste Antwort auf solches verächtliches Gebahren schreibt Ihr am 21. Juni geben. Mann für Mann werdet Ihr an die Urne treten und mit glänzender Majorität wird aus der Stichwahl als Sieger hervorgehen

Freijubel.

An die Vertrauensleute und Parteigenossen des Teltow-Beeskow-Storkow-Wahlkreises!
Parteigenossen!

Da die Stichwahl bereits am Sonnabend, den 24. Juni, stattfindet, so gilt es überall schnell zu handeln. Das Zentral-Wahlkomitee unseres Kreises hat seinen Zentralis in Berlin, Raunynstr. 86 bei Jubel, und ist während der Wahlzeit den ganzen Tag durch zwei Mitglieder vertreten; die Genossen werden daher ersucht, überall dort, wo noch Versammlungen stattfinden sollen, dies sofort dem Zentral-Komitee zu übermitteln. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, in der Referentenfrage sich direkt an das Komitee zu wenden; desgleichen haben die Genossen, welche Ortschaften mit Flugblättern und Stimmgeldern allein belegen wollen, dies sofort zu übermitteln, sowie das Resultat der Wahl gleich per Telegramm an Jubel, Raunynstr. 86, einzufenden.

Das Zentral-Wahlkomitee.

J. A.: Heinrich Böker.

Achtung! Zur Stichwahl in Niederbarnim!
Die Parteigenossen des Kreises, welche am 24. Juni, dem Tage der Stichwahl, helfen wollen, wollen sich bei den Vertrauenspersonen ihres Ortes schleunigst melden. Fahr- und Zehrungskosten werden ersetzt.

An das Solidaritätsgefühl der Berliner Genossen richten wir die Bitte, uns in unserem schweren Kampfe nach Kräften zu unterstützen, um trotz aller Wahlbündnisse und Wahlbeeinflussungen selbst unserer Gegner der roten Fahne in Niederbarnim zum abermaligen Siege zu verhelfen.

Den Genossen des Kreises teilen wir mit, daß alle Mitteilungen über das Wahlergebnis am 24. Juni an Oskar Schulz in Friedrichsberg, Friedrichsstr. 34, abzugeben sind. Depeschen müssen jedoch ausschließlich an Emil Böhl, Frankfurter Allee 74, gerichtet werden, weil Telegrammverbindungen in Friedrichsberg nach 10 Uhr Abends nicht ausgeführt werden.

Das Zentral-Wahlkomitee des Kreises Niederbarnim.

J. A.: Anton Kopp, Friedrichsberg, Voghagenstr. 20.

Achtung! Diejenigen Parteigenossen, die im Kreise Oberbarnim wahlberechtigt sind, aber außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, müssen unbedingt am Tage der Stichwahl, am 24. Juni, ihr Wahlrecht ausüben. Wenn keiner fehlt, ist der Sieg unser. Das Wahlkomitee.

An die in Berlin beschäftigten Arbeiter aus dem Wahlkreis Jüterbog-Verzig.
Parteigenossen! Wähler!

Sonnabend, den 24. Juni, findet auch in unserem Wahlkreise die Stichwahl statt. Es ist Eure heilige Pflicht, am Wahltage Euer Wahlrecht in Eurer Heimat auszuüben. Es gilt den reaktionären Kandidaten Kropatschek aus dem Sattel zu werfen, einen Mann, welcher derjenigen Partei angehört, die Euch Euer heiligstes Recht, Euer Wahlrecht rauben will. Kropatschek ist ein Brotvertheurer, ein Mann, welcher den Be-

strebungen der Arbeiter am feindlichsten entgegentritt. In Berlin seid Ihr in verschiedenen Wahlkreisen zerstreut, in Euren Heimatorten tretet Ihr alle für unseren Kandidaten ein es Wahlkreises ein, und 100 Stimmen können uns den Sieg bringen. Darum sollt Ihr das Opfer bringen und spätestens in der Mittagsstunde nach Hause fahren. Nicht alle zur Wahl, dann ist der Sieg unser. Thue jeder seine Pflicht!
J. A.: Krog Sailer.

Achtung, Parteigenossen Nixdorf! Bekanntlich findet die Stichwahl am Sonnabend statt, an einem Tage, an welchem der Arbeiter wegen der Lohnzahlung enger als sonst an seinen Beruf gefesselt ist. Trotz alledem aber gilt es für uns klassenbewußte Arbeiter, mehr noch als am 15. Juni auf dem Plage sein. Zeigen wir den Kapitalisten, zeigen wir unserer Gegnerschaft, daß sie sich verrechnet hat, wenn sie annimmt, daß dieser für den Lohnarbeiter am schlechtesten gelegenen Wochentag auf die Sozialdemokratie einen ungünstigen Einfluß ausüben wird. Er ist daher alle Mann am Platz, Parteigenossen, stellt Eure ganze Kraft an diesem Tage in den Dienst der Partei, bedenkt, daß der Erfolg des 15. Juni, den Ihr mit Hilfe des Landvolks, mit Hilfe Eurer trotz des schweren Brudes zur Erkenntnis gelangten ländlichen Arbeitsbrüder errungen habt, am 24. Juni zu einem vollen, entscheidenden werden soll.

Parteigenossen! In unserm Wahlkreise wird gerade zur Stichwahl von gegnerischer Seite mit ungeheuerlichem Druck, mit den schimpflichsten Mitteln gearbeitet, um der Reaktion zum Verderben des Volks noch einen letzten, wenn auch noch so gemein erschlischen Erfolg zu sichern. Die unglaublichsten, lächerlichsten Lügen verbreiten die Volksfeinde dieser Tage in Wort und Schrift, um den Landarbeiter, den Kleinbauern von der Sozialdemokratie, der er sich im ersten Wahlgange in klarer Erkenntnis seiner Interessen zugewendet hat, jetzt wieder ablenken zu machen.

Gegen diese Nacht der Lüge und der Verleumdung werden wir am 24. Juni uns mit aller Kraft zu wenden haben, soll der Tag für uns, für die Träger der Kultur, zu einem Siegestage werden. Seid daher eingegeben Genossen, daß es Eure Ehre und die Ehre unserer heiligen Sache fordert, am Stichwahltage Mann für Mann auf dem Plage zu sein!

Desgleichen hat sich jeder Genosse an der heute Abend stattfindenden Flugblatt-Verbreitung zu beteiligen. Treffpunkt bei Pape, Hirtenstr. 71, 7 1/2 Uhr. Das Wahlkomitee hat am Sonnabend seinen Sitz bei Wundt, Leistung- und Kopfstr. 19, Laubensberg. Das Wahlergebnis wird bei Gröbner, Bergstr. 129 und bei Wiersing, Kneisebeckstr. 77 bekannt gegeben.

Die Vertrauensperson Robert Köppen.

Charlottenburg. Alle Parteigenossen werden dringend ersucht, zu der heute, Donnerstag Abend von 6 Uhr ab stattfindenden gewissenhaften Verbreitung von Flugblättern sich im Restaurant G. Bernick, Krumme Straße 19, recht zahlreich einzufinden. Es verläume keiner seine Pflicht zu erfüllen, denn unsere ganze Kraft einzusetzen ist erforderlich. Die nächste Wählerversammlung findet Freitag Abend in Bismarckshöhe statt.

Das Sozial-Wahl-Komitee.

J. A.: G. Meyer, Walfstr. 49.

Die Genossen von Schöneberg werden hiermit ersucht, Donnerstag, Abends 7 Uhr, an der Flugblattverteilung zu der bevorstehenden Stichwahl im Teltow-Beeskow-Storkow-Kreise sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Genossen, welche helfen wollen, mögen sich in folgenden Lokalen einfinden: Restaurateur Pinzer, Wollensdorferstr. 18, Restaurateur Siegler, Goltzstraße 43, Postmann, Sedanstr. 18.

Das Wahlkomitee.

Achtung! Parteigenossen! Alle in Berlin und Umgegend arbeitenden, im Kreise Jüterbog-Ludenswalde-Bauch-Bezig wohnenden Genossen werden aufgefordert, am 24. d. M. ihr Stimmrecht auszuüben, um unserem Genossen Gerischer in der Stichwahl den Sieg erringen zu helfen.

Das Wahlkomitee.

Ein schwerer Verlust hat uns getroffen: Genosse Schrader aus Klein-Schönebeck bei Friedrichshagen ist am 19. d. M. verstorben. Unermüdlich war er im Interesse unserer Partei thätig. Schwerkrank schleppte er sich noch am Wahltage zur Wahlurne und rief denen, die ihn auf sein Leiden hinwiesen, beruhigend und aufmunternd zu: Die Pflicht ruft mich, für sie ist kein Opfer zu schwer. Infolge der Ueberanstrengung verschlimmerte sich sein Leiden und führte zu seinem von allen tief betrauertem Tode. In ruhiger, stiller, aber unablässiger Arbeit war er für die Interessen des arbeitenden Volkes stets opferbereit thätig. Nicht umsonst soll sein Wirken gewesen sein, der einer der Besten der Unseren war: sein Beispiel sei uns an, nicht zu rasten in der mühevollen Arbeit zur Erreichung unseres Zieles! Dank dem braven, tapferen Streiter!

Der Vertrauensmann des Kreises Niederbarnim.

Die Beerdigung des braven Genossen Schrader zu Klein-Schönebeck bei Friedrichshagen findet am 22. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, statt. (Schrader war über 20 Jahre bei Kirchner, Brandenburgstr. 33, thätig.)

Die Omnibus-Gesellschaft hat bereits bei der Hauptwahl ihren Angestellten keine Zeit zur Ausübung des Wahlrechts gewährt. So die freisinnigen Direktoren der Gesellschaft auch bei der Stichwahl ihre Angestellten des Wahlrechts berauben werden? Galt freisinnig wäre das allerdings!

Aus Steinfeger- (Arbeiter-) Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift:
„Einigen Berliner Steinfeger- (Jungung) Meistern gebührt das Verdienst, eine Institution ins Leben zurückgerufen zu haben, welche man in allen Kulturstaaten als längst überwindenen Standpunkt zu betrachten gewöhnt ist: Die falsche Sclaverei! Ganz genau so, wie die Sclavenhalter früherer Zeit mit ihren Sklaven nach Belieben schalteten und walteten, dieselben verborgten und verlauschten, so gehen besagte Steinfegermeister mit — ihren — Lehrlingen um. Wie in allen Branchen des Baugewerbes, so ist auch im Steinfegergewerbe in diesem Jahre nur sehr wenig Arbeit; und da auch die diesigen Steinfegermeister, wie die Jungungshelben alle, auf die Lehrlingsausbildung den größten Werth legen, so verfügen dieselben über eine unverhältnismäßig große Anzahl Lehrlinge. Da ist es nun in diesem Jahre schon mehrfach vorgekommen, daß solche „Meister“ nicht einmal die sämtlichen Lehrlinge beschäftigen konnten, und da haben dieselben, kurz entschlossen, die Lehrlinge gegenseitig — ausgeborgt! Es sind zahlreiche Fälle zu verzeichnen, daß Wesellen, Familienväter, aufhörten mühen, weil der Meister A. „seine“ Lehrlinge dem Kollegen B. zuschickte resp. legerter bei ersterem um „leichte“ Ueberlassung der Lehrlinge vorzuziehen wurde. Erst kürzlich erhielten mehrere Steinfeger von einem Meister die bestimmte Zusicherung, daß sie in Arbeit treten könnten, jedoch verzögerte sich das Auslangen fast um eine volle Woche, und endlich, als sie nun „ganz bestimmt“ anfangen sollten, da hatte der „Obermeister“ der Berliner Steinfeger-Jungung dem betreffenden Meister — 8 Lehrlinge geborgt! Diese Art Verwerfung der Lehrlinge macht die „Ausbildung“ der-

*) Es ist hier noch zu berücksichtigen, daß die Steinfegerlei durch die vervollkommnete Technik des Steinpflasters einer- und das Umsichgreifen des Asphalts andererseits immer mehr und mehr aus Berlin verdrängt wird, daß also so wie so schon Arbeitskräfte überflüssig werden.

selben zu einem gewinnbringenden Geschäft. Der königliche Hof-Steinfegermeister Hein in Potsdam beschäftigt zur Zeit 89 Lehrlinge bei 10—12 Gesellen.
Wir sehen nun selbstverständlich nicht auf dem Standpunkt, daß die jungen Leute von unserm Gewerbe zurückgewiesen werden müßten, da ja in allen anderen Verufen dieselbe Ueberfüllung herrscht; aber selbst der ertragreichste Anhänger des Lehrlingswesens wird zugeben müssen, daß die Lehrlinge denn doch nicht dazu zu dienen haben, verheiratete Leute notorisch außer Arbeit zu bringen. Und wenn wirklich die Arbeit so knapp ist, so könnten die Lehrlinge in anderer Weise immer noch sehr nützlich unterrichtet werden. Jetzt müssen dieselben die Fachschule Sonntags Vormittags von 7—10 Uhr besuchen; dieselbe liegt im äußersten Nordosten, während die Lehrlinge in allen Himmelsrichtungen zerstreut und zumeist sehr weit ab wohnen. Wie wäre es denn, wenn der Fachschul-Unterricht auf die Wochentage verlegt würde?

Vor allen Dingen sind wir jedoch der Meinung, daß auch Berliner Steinfegermeister trotz ihres großen Zopfes nicht das „Recht“ haben, die Lehrlinge ohne weiteres wie das erste beste Stück Vieh oder einen Gegenstand zu verdingen! Genießt die Jungung vielleicht aus diesem Grunde die Rechte aus § 100a? Gosseltlich schenkt die Aufsichtsbehörde, die Gewerbe-Deputation des Magistrats, dieser Art der „Lehrlingsausbildung“ ein etwas genauere Beachtung. Auch sind wir der Meinung, daß die städtische Baudeputation ebenfalls dabei interessiert ist.

Stückerei. In Nixdorf, das 6500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben hat, sind so viel fremde, unbekannt Namen in den Wählerlisten verzeichnet, daß man nicht irre geht, wenn man den ungeheuren Zugang an sozialdemokratische Stimmen aus „Abkommandierungen“ aus den „sicheren“ Berliner Wahlbezirken zurückführt. Dasselbe an Betrug streifende Wandern haben die Sozialdemokraten auch an anderen Orten in Szene gesetzt.“ Kramfeller Stückerei, wie plump Du selbst im Lügen geworden bist!

Der hiesige Branddirektor Stude, der zur Uebung nach Brandenburg beim 85. Regiment eingezogen war, ist, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, Mittwoch früh plötzlich am Herzschlage gestorben.

In Gegenwart seiner zwei kleinen Knaben hat sich vorgehern der 26 Jahre alte Schlosser Karl Schönfeld in seiner Dorfstraße 44 belegenen Wohnung erhängt. Schönfeld, der wegen Verhinderung seines elfjährigen Stiefsohnes mit sechs Wochen Gefängnis bestraft war, hatte seine Frau durch Mißhandlung dahin gebracht, daß sie ihn verließ. Die beiden kleinen Kinder blieben beim Vater zurück. Am Montag Abend übergab er der in demselben Hause wohnenden Frau Groß einen Wohnungsschlüssel mit der Bitte, am nächsten Tage nach seinen Kindern zu sehen. Da er die Behandlung noch nicht verlassen hatte, als Frau G. erschien, so fürchtete sie sich einzutreten, und man rief die Polizei. Diese fand Schönfeld bereits todt vor, während die beiden Kinder daneben in ihrem Bette ruhig schliefen. Schönfeld war am Sonnabend von seiner Arbeitsstelle entlassen worden.

Unter Hinterlassung einer Schuldenlast von circa 50 000 M. ist der Besitzer der bekannten Ruhholzhandlung Dahlig und Hoffmann, Greifswalderstr. 49, der Kaufmann Fritz Dahlig, zuletzt Christburgerstr. 8 wohnhaft, spurlos verschwunden. Dahlig ist in letzter Zeit dadurch in pekuniäre Schwierigkeiten gerathen, daß viele seiner Kunden, ihre Zahlungen durch Wechsel deckten, diese Papiere jedoch bei der gegenwärtig ungünstigen Zeit nicht einlösten, so daß Dahlig dafür aufkommen mußte. Außerdem hat der Ruhholzhandler viele Gefälligkeitswechsel in hohen Beträgen in Umlauf gesetzt, die jetzt fällig wurden, und hierzu kommt noch, daß Dahlig ziemlich viel Geld für seine eigene Person verbraucht hat. Der noch vorhandene Waarenbestand im Werthe von ca. 5000 M. ist durch Ausbringung eines schleunigen Arrestes von einem der Gläubiger mit Beschlage belegt, so daß die übrigen Geschädigten das Nachsehen haben dürften. Es wird angenommen, daß Dahlig zwischen sich und seine Gläubiger den Ocean gelegt hat.

Ein Rohheitsakt, wie er öfters und leider auch von Arbeitern begangen wird, kam am letzten Sonnabend wieder vor. Der vierjährige Sohn des Gastwirths R. erkrankte plötzlich; die Augen stieren, der Gang schwankte, vor dem Mund trat Schaum — der Knabe war offenbar trunken gemacht, wenn nicht sogar vergiftet worden. Der hinzugerufene Arzt Dr. F. konstatierte, daß er nur trunken war. Als das Kind wieder zur Besinnung gekommen war, konnte es angegeben, daß „Wilhelm“ ihm gewaltfam Schnaps eingespißt hatte. Wilhelm ist ein auf einem Bau nebenan beschäftigter Arbeiter. Derselbe steht jetzt einer Verhaftung entgegen.

Aus unglücklicher Liebe vergiftet hat sich in der Nacht zum 20. d. Mts. der 32 Jahre alte Kaufmann Moritz Jimmt. Er stammt aus Schrimm und war seit dem 10. d. Mts. bei einem Bruder in der Chausseest. 12 zum Besuche anwesend. In einem hinter dem Laden befindlichen Zimmer wurde er vorgestern Morgen um 8 Uhr als Leiche aufgefunden.

Die drei Leichen der am Sonntag Abend im Rummelsburger See nahe der Liebesinsel ertrunkenen Infanten des Segelboots „Strand“ sind am Dienstag Mittag herausgezogen worden. Wie es sich herausstellte, haben die Bedauernswerthen, welche neben einander lagen, bei dem Bemühen, sich über Wasser zu halten, einen furchtbaren Kampf gekämpft, und sind dann in einem unentwirrbaren Knäuel gemeinschaftlich untergegangen. Während zwei der Todten als der Verdrachschaffner Paul Schur und Paul Leuke sofort rekonstruirt wurden, ist die dritte der Leichen erst gestern als diejenige des 18-jährigen Schlosserlehrlings Franz Hein gleichfalls aus Berlin festgesetzt worden.

Wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit war der praktische Arzt Dr. Flatom in Nixdorf verhaftet, aber gegen Stellung einer Kaution von 20 000 M. wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Heute (Mittwoch) Vormittag ist er auf Antrag des Oberstaatsanwalts auf's neue verhaftet worden.

Bei der Stichwahl kann eine einzige Stimme ausschlaggebend sein. Daher darf kein Wähler ausbleiben, und ebenso wenig seine abgegebenen Stimme aus Versehen ungültig werden lassen. Bei der Wahl am letzten Donnerstag wurden im 5. Wahlkreis ein paar Stimmgeld abgeben, die gedruckt den Namen des Oberbürgermeisters Baumbach und darunter den des sozialdemokratischen Kandidaten trugen. Da der gedruckte Name nicht ganz ausgestrichen war, wurden die Stimmgeld für ungültig erklärt.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Morgens wurde in einem Geschäftsraum in der Chausseest. ein Kaufmann von aubert-hald todt aufgefunden. Er hatte sich vergiftet. — Im Nordhafen wurde die bereits stark verweste Leiche eines Kaufmanns angeschwemmt. — Vormittags wurde ein Schlosser in seiner Wohnung in der Jockstraße, und ein Brauer in einem Hause in der Brunnenstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde ein Maurerlehrling aus dem Schanklokal Gröbnerstr. 4a gewaltsam entführt. Er kam dabei auf der Straße zu Falle und erlitt anscheinend so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhanse Am Urban gebracht werden mußte. — Ein Buchhalter veruchte Abends in seiner Wohnung, in der Burgdorferstraße, sich mittels Sublimats zu vergiften. Er wurde schwer erkrankt nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Karlstraße 14 wurde ein zwölfjähriger Knabe durch einen Verdrachswagen überfahren und am Fuße so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Der Prozeß gegen den Bankier Schulze und Genossen wurde am Dienstag vor der 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I verhandelt. Auf der Anklagebank saßen 1. der 88-jährige Bankier Erich Viertel, 2. dessen 72-jähriger Onkel A. D. Friedr. Schulze, 3. Schulze's 48-jähriger Schwiegersohn, der Hauptmann der Reserve des 8. Garderegiments z. B. Ingenieur Paul G. D. Treutler und 4. sein Prokurist, Kaufmann Alex. Jos. Rich. Fischer. Durch die Anklage wurden beschuldigt: I. Schulze und Viertel gemeinschaftlich: 1. die Geschäftsbücher der Firma unordentlich geführt und es unterlassen zu haben, die vorchriftsmäßigen Bilanzen zu ziehen. 2. gemeinschaftlich durch 88 selbständige Handlungen Depots unterschlagen, 3. in 12 Fällen sich der Untreue schuldig gemacht und 4. in 2 Fällen durch Vorspiegelung falscher Thatsachen eine Wittve Krüsch zur Hergabe von 16 000 M. in russischen Papieren und eine Wittve Barth zur Hergabe von 115 000 M. in Papieren bewegen zu haben. II. Angeklagter Viertel allein: 1. durch 41 selbständige Handlungen als Bevollmächtigter des Angeklagten Schulze absichtlich zum Nachtheil desselben über der Firma anvertraute Vermögensstücke zu Gunsten des Angeklagten Treutler veräußert zu haben, 2. durch Vorspiegelung falscher Thatsachen und um der Firma August D. F. Schulze einen Vermögensvortheil zu verschaffen, ein Fräulein Sauer zur Hergabe von 10 000 M. in Papieren und einen Rentier Rosch zur Hergabe von 9200 M. bewegen zu haben. 3. Treutler und Fischer: Den Angeklagten Viertel zur Begehung der ihm ad I vorgeworfenen Untreue und in der Zeit vom 22. Januar 1890 bis 20. September 1892 zur Unterschlagung von Werthpapieren im Gesamtbetrage von 171 228 M. durch Ueberredung vorsätzlich bestimmt zu haben. Gegen Fischer, welcher flüchtig ist, wurde die Verhandlung ausgesetzt. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Viertel zu acht Jahren Gefängniß und acht Jahren Ehrverlust, den Angeklagten Schulze zu fünf Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust und rechnete den Verurtheilten je 6 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft ab. Der Angeklagte Treutler wurde freigesprochen, da ein Beweis seiner Mitschuld nach keiner Richtung hin erbracht sei.

Eine für Schankwirthe interessante Verhandlung fand gestern vor der 128. Abtheilung des Schöffengerichts statt. Die auf der Anklagebank befindliche Frau Marie Arpad hat im Hause Friedr. 114 ein Kellerräumchen inne, worin sie Ungarweine und Speisen verarbeitslet. Es war nur ein Raum konfessionirt, welcher der Inhaberin nicht gemüthete. Sie kam deshalb beim Polizeipräsidium um Konfessionirung zweier anstößender Kellerräume ein. Dies wurde unter Hinweis auf die kurz zuvor erlassene Verfügung, wonach Kellerräume, welche tiefer als 1/2 Meter unter dem Bürgersteige liegen, zu Schankwürden nicht benutzt werden dürfen, abgelehnt. Bald darauf ließ die Behörde das Lokal revidiren. Der Schynmann stellte fest, daß in den beiden beanstandeten Nebenräumen Getränke und Speisen lagerten, die Polizei erblidete hierin den Betrieb der Schankwirtschaft und nahm die Angeklagte in die gesetzliche Strafe. Im gestrigen Termine konnte die Behauptung der Angeklagten, daß sie die beiden fraglichen Räume nur als Aufbewahrungsräume und nicht zum Ausenthalten von Gästen benutzt habe, nicht widerlegt werden. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagte dennoch für schuldig, da auch die beiden Räume, von denen aus die Speisen und Getränke nach dem Schankraume gebracht wurden, konfessionirungspflichtig seien. Dieser Auffassung wurde seitens des Verteidigers, H. A. Peop. Meyer, widersprochen. Die Konfessionirung beziehe sich naturgemäß nur auf die von der Polizei genehmigten Räume, oder niemand könne dem Inhaber verweigern, die neben dem Schankzimmer befindlichen Räume als Aufbewahrungsräume bezw. Zubereitungsräume zu benutzen. Wenn die Ansicht des Staatsanwalts richtig sei, müßten ja auch Küche, Keller, Speisekammer und andere für die Gäste nicht bestimmten Räume konfessionirungspflichtig sein. Der Staatsanwalt beantragte ein Gutachten des Bezirksausschusses über diese Frage einzuholen. Der Gerichtshof hielt dies nicht für erforderlich, sondern erkannte auf Freisprechung der Angeklagten, wobei auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt wurden.

Wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander standen gestern der Tischlergeselle Anton Brzeskiewitz und der Klavierarbeiter Franz Morawski vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der erste Angeklagte ist Redakteur, der zweite Verleger der hier erscheinenden polnischen Arbeiterzeitung „Gazeta Robotnicza“. In der Nr. 7 des Blattes erschien ein Artikel, worin die Arbeiter gegen die Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten der Arbeitgeber in Schutz genommen werden. Die strafbare Aufreizung wird darin in folgenden Stellen gefunden: „Eure Kraft sind die sozialdemokratischen Organisationen, welche mit allem Kömpfen, was Euch quält und bedrückt zum Zwecke der Befreiung der Menschheit von dem sie quälenden Unglück. In den sozialdemokratischen Organisationen, im Kampf mit den Herren und Fabrikanten könnt Ihr nur den rechten Weg finden, welcher Euch aus Eurer schrecklichen Lage herausführt. Kämpft bis zum letzten Tropfen Bluts mit der Ausdauer und mit der Ungerechtigkeit, und der Sieg wird der Eure sein!“ — Die Angeklagten erklärten, daß der Artikel nur eine Wiedergabe des von dem Priester Peter Sciegieny an die Arbeiter Polens gerichteten offenen Briefes sei. Während der Staatsanwalt gegen den ersten Angeklagten 6, gegen den zweiten 9 Monate Gefängniß beantragte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Freudenthal und erkannte auf Freisprechung, da in dem Artikel von eigentlichen Gewaltthatigkeiten keine Rede sei.

Wegen Gotteslästerung und wegen Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche waren der Arbeiter Wolf Otto Julius Thal aus Reinickendorf, der Tischlergeselle Franz Johannes Priem und der Tischler Romanus Pretki — letztere beiden in Friedrichsfelde wohnhaft — angeklagt. Am 27. November v. J. fand in Friedrichsfelde eine Versammlung statt, in welcher Thal die ihm zur Last gelegten Delikte gelegentlich eines Vortrages, den er hielt, begangen haben soll, wogegen sich die beiden Mitangeklagten der gleichen Vergehen in der Diskussion schuldig gemacht haben sollen. Während die als Zeugen bei der Verhandlung anwesenden Verwandten, welche die Versammlung überwachten, dabei blieben, daß die Worte, welche die Angeklagten gesprochen haben, nach ihrer Ansicht sträflich gewesen seien, legten die Angeklagten einen ganz anderen, lediglich wissenschaftliche Zweifel ausdrückenden Sinn unter. Das Interessanteste an der Verhandlung waren die Plaidoyers mit den daran schließenden Re- und Duplikten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Damme, bemerkte einleitend: „Ich kann es nicht leugnen, daß es für mich stets etwas Näherendes hat, wenn Arbeiter, die den ganzen Tag angestrengt thätig sein müssen, ihre Ruhestunden benutzen, sich wissenschaftlich zu bilden, selbst wenn sie hinterher auftreten und die Welt belehren wollen. Darin liegt aber auch gleichzeitig das Bedenkliche, daß sie in mangelnder Vorbildung nur halb begriffen und verstehen, daß sie ihre Halbbildung als wirkliche Bildung halten und Kritik über an Dingen, an welche sich unsere höchsten Geistesgrößen nicht heranwagen. Der Angeklagte Thal hat an den schwersten Problemen Kritik geübt und sich dabei auf Humboldt, Galilei und Kopernikus berufen, er hat geglaubt, deren Forschungen zu begreifen, obwohl er deren Namen nicht einmal richtig aussprechen kann. Dabei war Humboldt der edelmüthigste Mann (7) und intime Freund des frommsten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ich glaube, wenn der Angeklagte einen höheren Reifegrad der Bildung erlangt, er auch

mehr Toleranz woen wird an Anderdenkenden, und er es unterlassen wird, ins Blaue hinein von Verbummung und Lächerlichkeit zu sprechen. Der Gottesgottesdienst auf den Schlichtfeldern, über den der Angeklagte gepöppelt hat, ist allerdings nicht eine Einrichtung der christlichen Kirche, hätte er den Gottesdienst im Allgemeinen beschimpft, dann würde er in diesem Punkte strafbar sein. Der Angeklagte Priem müßte freigesprochen werden, da er bei seinen Ausführungen nicht die Geistlichen im Allgemeinen, sondern nur den Prediger von Friedrichsfelde im Auge gehabt und letzterer einen Strafantrag wegen Beleidigung nicht gestellt habe. Pretki dagegen bildet ein Seitenstück zum Angeklagten Thal. Auf die mangelhafte Bildung der Angeklagten und besonders des Thal müßte bei der Strafmaßbestimmung Rücksicht genommen werden; sie suchen sich zu bilden, weil sie niemand hören wollen; aber sie schaden auch sehr viel, indem sie ihre Halbbildung in die Massen schleudern, bis oft noch weniger Bildung besitzen und dort allen Glauben vernichten. Schließlich beantragte der Staatsanwalt für Thal 8 Wochen, für Priem Freisprechung, für Pretki 2 Wochen Gefängniß. Angeklagter Thal: Die Intoleranz ist beim Staatsanwalt, der dem Zeugen im Waffentrocke des Kaisers mehr Glauben schenkt, als wie den Zeugen im Zivilrock, mehr als bei mir zu sehen. Wenn ich im Uebrigen angeführt habe, daß seit dem Krimkrieg 8 Millionen Menschen auf den Schlichtfeldern der Kulturvölker gefallen sind, so beziehe ich mich auf die Statistik, die ich der „Kreuzzeitung“ entnommen habe, und diese — denke ich — wird wohl auch der Herr Staatsanwalt als maßgebend anerkennen. (Staatsanwalt: „Nein!“) Nach langer Beratung sprach der Gerichtshof die Angeklagten Priem und Pretki frei, Thal wurde zu zwei Wochen Gefängniß verurtheilt. Thal habe offenbar das Bestreben, sich zu bilden, was lobenswerth ist, dagegen ist zu tadeln, daß er nicht alles prüft, sondern nur das, was seiner vorgefaßten Ansicht entspricht. Würde er auch die gemäßigten Ansichten studiren, so würde er anders urtheilen. Im Uebrigen wurde aus der Menge der zur Anklage stehenden Sätze nur einer als strafbar herausgeriffen, der von den Bankgottesdiensten auf den Schlichtfeldern handelte, denn wenn dies auch keine Einrichtung sei, so sei es doch ein Gebrauch der christlichen Kirche und dieser Gebrauch sei beschimpft worden.

Soziale Ueberfluth.

7-800 Ziegele-Arbeiter streiken in Damm-Haft wegen 25prozentiger Herabsetzung des Akkordlohns. Die im Tagelohn stehenden Arbeiter sind insolge dessen auch brotlos. Sollte sich der Streik über sämtliche Ziegeleien der Gegend ausbreiten, so werden auch viele Schiffer zum Steuern gezwungen, denn wenn keine Steine gemacht werden, so können auch keine abgefahren werden. Im Akkord verdienen die Ziegele-Arbeiter nach dem neuen Tarif bei einer Arbeitszeit von früh 1/2 bis Abends 1/2 Uhr, nach Abzug der Pausen also 15-16 stündigen tatsächlichen Arbeitszeit bei angestrengtester Thätigkeit ca. 4 M. Die im Tagelohn arbeitenden Kameraden bekommen bei einer Arbeitszeit von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends — wozu noch je eine Stunde zu rechnen ist, die sie von ihrem Heim zur Arbeitsstätte und von da nach Hause zurückzulegen haben — täglich nur 1,75 M. Lohn. Die letzteren sind daher der Unterstützung der Arbeiter besonders bedürftig. Bei ihrem dürftigen Verdienst sind sie direkt dem Hunger überliefert, wenn sie acht Tage lang außer Arbeit sind.

Blüthen unseres Militärstaates. Unter diesem Stichworte wird der „Bildhauer-Zeitung“ aus Würzburg berichtet: Noch nicht genug, daß das minder bemittelte, aber um so mehr arbeitende Volk den größten Theil zur Deckung der Militärausgaben durch direkte und indirekte Steuern zu tragen hat, wird in neuester Zeit, wie nachstehender Fall beweist, die Kaserne auch noch zur Werkstätte gemacht, wodurch für den Geschäftsmann Konkurrenz und als notwendige Folge für den Arbeiter Brothlosigkeit erwächst. Bei dem Bau des neuen Infanterie-Offizierkasinos hier werden nämlich Bildhauerarbeiten von eigens dazu kommandirten Soldaten hergestellt und insolge dessen wurden drei Kollegen in der Holzmöbel-Fabrik von Gebr. Ditzberg entlassen. Wenn man nun den geplagten Ferienkolonisten auch gerne die möglichste Erleichterung ihres ausreißenden strapazösen Lebens und kleine pekuniäre Vortheile gönnt, so wird selbst dieses Wenige zu Wasser, wenn man bedenkt, daß die betreffenden Soldaten, die mit der Ausführung eines Theiles der Bildhauerarbeiten betraut sind, als Entschädigung resp. Lohn pro Tag 30 — sage und schreibe dreißig Pfennige erhalten; den Profit reißt der Unternehmerr ein. Dem Soldaten ist mit diesen paar Pfennigen auch nicht viel gebient, der Geschäftsmann und somit der Arbeiter aber sehr nachtheilhaft. Das Offizierkasino wird auf Kosten der Staatskasse, mithin aus den Taschen des steuerzahlenden Volks hergestellt, mithin sollte es auch an den Arbeiten dieses selben Staates Antheil haben.

In Bergamo (Lombardien) haben sämmtliche (ungefähr 4000) Seiden Spinner und Weber, nachdem wochenlange Verhandlungen mit den Unternehmern ohne Ergebnis verlaufen sind, die Arbeit eingestellt. Sie verlangen verkürzte Arbeitszeit und höheren Lohn.

Versammlungen.

Eine öffentliche Wählerversammlung für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am Dienstag in den Arminshallen. Der Referent, Dr. J. Babel, hielt eine Ansprache von begeisternder Wirkung und forderte die Parteigenossen unter dem rauhenden Beifall der Versammlung auf, dahin zu arbeiten, daß auch der erste Wahlkreis im Reichstages sozialdemokratisch vertreten werde. Auch Lätzerow, der sozialdemokratische Kandidat, sprach sich dahin aus, daß, obgleich die Ansichten im ersten Wahlkreise weniger günstig sind als anderwärts, dennoch alles angeboten werden müsse, um diesen Kreis für die Sozialdemokratie zu erobern. In der ferneren Debatte gab ein schlesischer Genosse ein beschämendes Bild von dem Druck und der Beeinflussung, womit in diesen dunkeln Gegenden bisher volksfeindliche Wahlen erzielt worden sind. Zum Schluß wurde zur regen Theilnahme an der am Donnerstag erscheinenden Flugblatt-Verbreitung, sowie zum Besuch der am Freitag stattfindenden Wählerversammlung aufgefordert. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Versammelten auseinander.

Im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis waren zum Dienstag vier große Wählerversammlungen einberufen. Auf Livoli wollte sich Birchow nur allen denen, welche seine Wahl zu unterstützen gekommen wären, vorstellen. In dem großen Saal, der an 4000 Personen faßt, hatten sich nur annähernd 200 Wähler eingefunden. Birchow erschien nicht und so hielt es der Einberufer, der freisinnige Stadtverordnete Kreitzing, für das Beste, die Versammlung gleich nach der Eröffnung wieder zu schließen.

Die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufenen drei öffentlichen Wählerversammlungen waren dagegen ausgezeichnet besucht.

Im Königshof (Wilmersdorf), wo Otto Antrich unserem Kandidaten Richard Fischer referirte, wurde bald nach Eröffnung der Versammlung der Saal vollzählig abgesperrt. Der Redner führte in fast zweistündigen Vorträge den Anwesenden die Sünden der freisinnigen

Volksvertreter vor Augen und empfahl durch die Wahl Richard Fischer's Protest einzulegen gegen die gesammte heutige Wirtschaftsweise, den Militarismus und das indirekte Besteuerungssystem. Nach einer kurzen Diskussion dieser von lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen wurde noch von Keding zu reger Agitation und zur Hilfsleistung am Wahltag aufgefordert. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihren Schluß.

Eine öffentliche Wählerversammlung tagte ferner in Friedrichsfeldischen Kasino. An Stelle Curt Baake's, der verhindert war zu erscheinen, referirte K o o p m a n n. Derselbe beleuchtete noch einmal die gegenwärtige politische Lage und forderte die Anwesenden auf, die Macht, welche die Sozialdemokratie am 18. Juni bei der Hauptwahl zum Schrecken der Gegner geübt hat, auch am Sonnabend zu entfalten und die noch indifferenten Arbeiter zur Ausübung der Wahl heranzuziehen, damit sich ein sicherer Damm gegen die weitere Erhöhung der Militärausgaben und gegen jede Verletzung der Volksrechte erhebe. Mit lebhaftem Beifall stimmten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten zu. In der Diskussion meldeten sich trotz Aufforderung und Zusicherung vollster Redefreiheit Gegner nicht zum Wort. Drei Genossen traten dann für eifrige Theilnahme an der Stichwahl ein. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß bei der Hauptwahl allein auf dem „Vot“ 37 Wähler, die zum Theil die Wählerlisten eingesehen hatten, ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil ihr Name falsch abgeschrieben worden war. Mit ähnlichen Fällen müsse stets gerechnet werden und daher dürfe kein Wahlberechtigter der Urne fernbleiben. Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem derselbe nochmals zur Wahl Fischer's aufforderte, wurde bekannt gemacht, daß Donnerstag Flugblattverbreitung stattfindet. Dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine Wählerversammlung für den 2. Wahlkreis wurde am Dienstag Abend ebenfalls in Reinhardt's Roue in Gesellschaftshaus abgehalten. Der Referent, Reichstagskandidat Richard Fischer, stellte in seinem Vortrage den glänzenden Erfolg, welche die Sozialdemokratie am 18. Juni wiederum errungen, das Urtheil gegenüber, welches die Wählerschaft an diesem Tage über die Partei Eugen Richter's, des Berichters der Sozialdemokratie, gefällt hat. Herr Eugen Richter und sein Anhang sei geschlagen auf der ganzen Linie, und die wenigen Mandate, welche die freisinnige Volkspartei noch etwa in der Stichwahl erobere, erhalte sie größtentheils durch die Gnade eben der Partei, die man Anfangs Februar dieses Jahres todtgeschußt glaubt habe. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigte sich Fischer mit seinem Gegenkandidaten Birchow und brachte einige Ausprüche dieses Mannes zur Verlesung, welche dessen politische Unzuverlässigkeit, dessen Schwankung nach rechts unmissverständlich darlegten. Am 24. Juni sei die vorgeschrittene Wählerschaft berufen, die Scheidung zu vollziehen zwischen der reaktionären Masse, zu der auch die freisinnigen sich um ihrer kammlichen Selbsterhaltung willen bald offenkundig schlagen müßten, und der Sozialdemokratie, welche erkannte habe, daß der moralische Bau der alten Gesellschaft seinem Schicksal unrettbar verfallen sei und daß an seiner Stelle sich ein neues Gebäude erhebe, welches allen, auch den Ausgestoßenen von heute, Raum biete. Dem Vortrage folgte stürmischer, anhaltender Applaus. In der Debatte beteiligten sich Sucker, Dohow und Frau Fahrmannd. Letztere forderte die Frauen auf, am Stichwahltage ihre Pflicht zu thun. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Im Sozialdemokratischen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis stand in der am 20. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung die Frage zur Erörterung: „Was lehrt uns der 18. Juni?“ In Ermangelung eines Referenten trat die gut besuchte Versammlung in eine freie Diskussion über die Frage ein. Man gelangte angesichts der mannigfachen Schwankungen in der Stimmenabgabe einzelner Wahlkreise, ja des stellenweise zu verzeichnenden Rückganges der sozialdemokratischen Stimmen zu der Erkenntniß, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Agitation noch nachhaltiger und wirksamer zu gestalten als bisher, um nicht nur Wähler zu erhalten, sondern überzeugte, zielbewusste Sozialdemokraten, auf die man sich verlassen kann. Bezüglich der bevorstehenden Stichwahlen erging nochmals an alle verfügbaren Kräfte die dringende Mahnung, in den Dienst der Partei zu treten und sich an den im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Stellen zu melden. Unter Vereinsangelegenheiten stellten Rogert und Gen. zur Generalversammlung den Antrag, das Vereinsmitglied D. Baer aus dem Verein auszuscheiden. Troßdem die Versammlung mit großer Majorität gegen diesen Antrag Stellung nahm, wird derselbe doch auf der Tagesordnung der Generalversammlung erscheinen, da, abgesehen davon, daß statutenmäßig jedem Mitgliede das Recht zusteht, Anträge zu stellen, besagter Antrag auch von anderer Seite wieder aufgenommen wurde. Nach Eröffnung der Tagesordnung wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Wilmersdorf. Große öffentliche Volks- und Wähler-Versammlung für Männer und Frauen am Donnerstag, den 21. Juni, in Schulz's Restaurant, Berliner- und Kugelhallen-Str. 10. Tagesordnung: Die bevorstehende Stichwählerwahl. Referent: Genosse Antrich.

Kreuzberg. Die Berliner Arbeiter- und Arbeiterinnen aus eifrigen Hilfe bei Anglistenfallen. Donnerstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im 12. Holz, Alte Joststr. 75. Vortrag des Herrn Dr. Christaller. Begrüßung und Uebungsrunde.

Verband deutscher Carbiere, Feisere und Verleidenmacher. Amelgerwin. Donnerstag, den 21. Juni, Abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 22. Versammlung.

Vermischtes.

Heber die Ursache des Konflikts zwischen Publikum und Polizei in Breslau hat die Breslauer „Volksmacht“ nach den Angaben von Augensügender folgendes ermittelt: Ein Landmann aus Hestenberg hatte in einem Gasthof auf der Mathiasstraße ein Pferd verkauft; da er und sein Sohn, nach anderer Mittheilung sein Knecht, mit zwei Wagen in der Stadt waren, koppelten sie den Wagen, von welchem sie das Pferd verkauft hatten, an den anderen, um so ihren Heimweg anzutreten. Der Schynmann Kirmitz trat an das Gefährt des Landmanns heran, um ihn zur Anzeige zu notiren. Es entspann sich bald eine Auseinandersetzung zwischen den beiden, die dem Schynmann schließlich Veranlassung gab, zur Verhaftung des Landmanns zu schreiten. Der Landmann soll in seinen Redensarten etwas derb und auch, aus Veranlassung des Pferdeverkaufs, etwas angetrunken gewesen sein. Zu Thätlichkeiten gegen den Schynmann soll es aber nicht gekommen sein. Der Bauer hielt sich an seinem Gefährt nur fest und wollte sich nicht verhalten lassen. Ein Arbeiter, und zwar — wie es heißt — ein sehr zweifelhaftes Individuum, kam zunächst dem Schynmann zu Hilfe, nicht bedrohte er ihn, wie der „wahrheitsliebende“ „General-Anzeiger“ und die „Morgen-Zeitung“ ansahen. Betreffender Arbeiter soll von anderen Arbeitern unter dem Ruf: Du hast den Bauer mit todtschlagen helfen, gehörig geprügelt worden sein. Dem Schynmann und dem Arbeiter, welche an dem sich am Wagen festhaltenden Bauer zerrten — hierbei soll dem Schynmann die Uniform zerrissen worden sein — kam nun ungerufen, nicht, wie die bürgerlichen Blätter berichten, auf Ersuchen des Schynmanns, der Fleischmeister Giesbit zu Hilfe. Dieser, ein sehr kräftiger Mann, riß in unverantwortlicher Weise den Landmann zu Boden, dabei schlug letzterer mit dem Kopf so heftig auf Steinpflaster, daß man mehrere Schritte weit den Kopf aufschlagen hörte. Giesbit schlug dann mit der Faust 10 bis 12mal auf den am Boden Liegenden ein und soll den Bauer auch sogar mit dem Fuße in wüthender Weise getreten haben. Dies alles soll sich mit einer solchen Geschwindigkeit vollzogen haben, daß allem Anscheine nach der Schynmann für den

Augenblick ganz erschrocken gewesen sei. Der Bauer wurde nun gefesselt und wie man uns mit Bestimmtheit versicherte, ein Stück auf dem Boden geschleift. Bewußtlos und geschloffen wurde er nach der Polizeiwache auf der Waterloostraße gebracht. Der Bauer soll eine Stunde später verschieden sein, und die wie ein Lauffeuer sich verbreitende Kunde vom Tode des Bauern gab den angeblich „geringfügigen“ Anlaß zu den nun folgenden tumultuarischen Vorgängen. Wir fühlen uns verpflichtet, die uns gleichfalls gewordene Mitteilung, daß der Bauer nicht todt ist, sondern nur schwer verletzt darniederliege, gleichfalls unseren Lesern mitzutheilen. Die Polizei, die allein richtigen Ausschluß geben kann, schweigt sich leider aus und wir selbst nehmen an, daß der Bauer todt ist. Auf die Kunde vom Tode des Bauern rotteten sich Menschenmassen vor dem Laden des Fleischer's Gesbit zusammen; schon während Gesbit den Bauer mißhandelte, bemächtigte sich der Massen eine ungeheure Erregung gegen Gesbit. Man stürzte Gesbit's Laden und wollte diesen lynchen. Bald kam es zu heftigem Kampfe zwischen Polizei und Militär einerseits und empörrten Arbeitern andererseits. Die Schüsse, die gefallen sind, sollen nicht, wie die bürgerlichen Blätter berichten, von den Exzessanten, sondern von einem Polizeikommissarius als Schrotschüsse abgegeben worden sein. Nur ein Schuß soll, und auch dies wurde mehrfach bestritten, von seiten des Publikums gefallen sein. Die mit blanker Waffe vorgehenden Polizisten und Soldaten haben nach dem, was wir fast überall in den Kreisen des Publikums hörten, durch ihr Vorgehen eine tiefe Erbitterung erzeugt. Es ist vorgekommen, daß vollständig Unschuldige mit dem Säbel geschlagen wurden. Wir erkennen an, daß die Polizei bei solchen Anlässen einen schweren Stand hat, aber auch sie hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht der Unschuldige mit dem Schuldigen leidet. Am Montag Abend fanden gleichfalls ungeheure Menschenansammlungen in jenem Stadttheile statt, die Polizei in Uniform und Zivil war natürlich massenhaft vertreten. Wir hielten uns bis gegen 9 Uhr in jenen Straßen auf, können aber mit Freuden berichten, daß es zu erregten Szenen glücklicher Weise nicht gekommen, und wie es scheint, auch später nicht gekommen ist. Ein Wundenstück an der Gerichtshofstraße haben, durch ihre Berichterstattung über diesen Tumult, die bürgerlichen Blätter sich geleistet. Wir sind weit davon entfernt, Tumulte, wie den vorliegenden, zu billigen, aber die Wahrheit ist man selbst dem Verbrecher schuldig, noch vielmehr aber Leuten, die lediglich nur aus über ein geschicktes Unrecht empörtem Gefühl sich zu unbesonnener That hinweisen lassen.

Todesfälle. In Straßburg i. G. starb am 19. Juni der Historiker Hermann Baumgarten, in Leipzig Hubert Janitschek, Professor der Kunstgeschichte an der dortigen Universität.

In der Irrenanstalt in Eichberg im Rheingau wurde in der Montagnacht das erste Stockwerk, und zwar die Frauen-Abtheilung, durch eine Feuersbrunst zerstört. Der „Königlichen Volkzeitung“ zufolge werden mehrere Kranke vermisst.

In der Burgkaserne in Quaim (Mähren) hat der Infanterie-Regiment des 99. Infanterie-Regiments im Mannschafszimmer mit seinem Generalen seinen Zugführer Joh. Christ, während dieser in der Bette schlief, von rückwärts erschossen. Die Kugel drang dem Christ durch's Herz, durchbohrte noch sein linkes Handgelenk und blieb dann in der Wand stecken. Der Führer, der seit zwei Jahren dient und erst vor kurzer Zeit befördert worden ist, war sogleich todt. In dem Zimmer befanden sich noch drei Mann, die von dem Vorhaben des Infanteristen Prag keine Ahnung hatten. Der Infanterist hat den Mord wegen schlechter Behandlung verübt, die er durch den Führer erlitt.

Wahlschmerz. In Gera wird zur Zeit folgender Wahlschmerz kolportirt. Ein Bürger erscheint an der Wahlurne, um seine Pflicht zu erfüllen. Der Wahlvorsteher hält den empfangenen Zettel wie prüfend zwischen den Fingern, da mahnt der offenbar außerst weicherzige Wähler: „Drücken Sie sich so sehr, 's is Se ä Wärmchen drin.“ Der inzwischen wiedergewählte sozialdemokratische Kandidat war bekanntlich Wurm.

In der Nähe von Salamis flog ein Pulvermagazin in die Luft, wodurch drei Offiziere und acht Soldaten das Leben verloren und mehrere verwundet wurden.

In dem Parkville-Tunnel bei Brooklyn (Vereinigte Staaten) entgleiste am Dienstag ein mit etwa 1000 vom Sheepsheadbay-Rennen zurückkehrenden Passagieren besetzter Zug der Manhattan-Beach-Eisenbahn. Neun Personen wurden getödtet und etwa 100 Personen verwundet. Viele Passagiere wurden gegen die Granitwände des Tunnels geschleudert oder gerietben unter die Räder der Wagen. Die Katastrophe soll dadurch herbeigeführt sein, daß der Weichensteller schlief, als der Zug in den Tunnel einfuhr.

In Mexiko sind in der Zeit vom 16. bis 20. Juni 830 Personen an der Cholera gestorben.

Ein verheerender Regensturm ist über Süd-Georgia, Vereinigte Staaten, niedergegangen. In Valdosta und Thomasville sind viele Häuser eingestürzt. In letzterem Orte auch die Baptisten-Kirche und die Feuerwehration. Die Melonen- und Birnenente ist schwer geschädigt.

Depeschen.

(Zeichen des Bureau Herald.)

Kladuo, 20. Juni. Der Zustand der Bergarbeiter ist vollständig beendet, nachdem auch auf den Schächten der Buschtrader Bahn die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Wien, 21. Juni. Der Ruffus der letzten Thronrede über die besseren Beziehungen Oesterreichs und Russlands soll veranlaßt sein durch ein vor Kurzem zwischen den beiden Kabinetten erzielttes Einverständnis über die seitens Oesterreich-Ungarns gegenüber den Balkanstaaten, vorzüglich Bulgarien, zu befolgenden Politik.

Stockholm, 21. Juni. Durch königliche Resolution ist die Bildung einer besonderen Abtheilung für Cholera-Angelegenheiten in der Medizinalverwaltung angeordnet worden; die Abtheilung erhält volle Handlungsfreiheit. Generaldirektor Almön wurde zum Vorsitzenden der Abtheilung ernannt.

Kopenhagen, 21. Juni. Auf dem im Marinehafen liegenden Wachtschiffe „Sjælland“ sind drei Erkrankungen an Genickstarre vorgekommen; das Marineministerium hat umfassende Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung getroffen.

New-York, 21. Juni. Einem Telegramm aus Montreal zufolge beabsichtigen eine Anzahl bekannter amerikanischen Eisenbahn-Millionäre, an deren Spitze George Gould steht, die Aktien der Grand-Trunk-Eisenbahn anzukaufen, um durch Majorisirung die Verlegung der Verwaltung der Bahn, an deren Spitze Gould treten soll, von London nach Montreal zu verlegen. Die Mehrzahl derselben befindet sich bereits in London.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Erfurt, 21. Juni. Der Staatssekretär des Reichs-Postamts Dr. v. Stephan hat die Herstellung eines Telephons Erfurt-Halle-Weinzig genehmigt. Der Bau der Linie soll noch im laufenden Etatsjahre erfolgen.

Bern, 21. Juni. Der von der hiesigen Arbeiterunion zur Wahrung ihrer Interessen festangestellte Arbeitersekretär Wastliess ist verhaftet worden. Die bei der Hausdurchsuchung bei ihm vorgefundenen Papiere sollen sehr gravirend sein. Wastliess ist naturalisierter Russe.

Brüg, 21. Juni. Dem Streik im Amalienbach haben sich weitere sieben Schächte mit 2100 streikenden Grubenarbeitern in dem Gebiet zwischen Dug und Bilin angeschlossen. In dem Bräter Bezirk herrscht Ruhe.

Paris, 21. Juni. Der „Matin“ meldet, Charcot und Bronardel würden sich, angeblich von Lord Roseberry berufen, nach Bournemouth begeben, um den Gesundheitszustand von Corneliüs Herz zu untersuchen.

Mehrere Blätter deuten an, Millevoye besäße Papiere von Corneliüs Herz, durch welche Clemenceau's Rolle in der egyptischen Politik Frankreichs bloßgestellt werde.

Madrid, 21. Juni. Die Untersuchung über das gestrige Attentat im Garten des Hauses des vormaligen Ministerpräsidenten Canovas ergab, daß der Attentäter Ernesto Alvarez, der Leiter eines Anarchistenblattes, war. Man fand in den Taschen des Getödteten Briefe von Anarchisten aus Barcelona, welche Alvarez zu Attentaten gegen die Sicherheit Madrids auf-fordern. Der Explosionskörper, den Alvarez in der Hand hielt, explodirte unvermuthet und tödtete Alvarez auf der Stelle. Sein Komplize wurde schwer verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

Genosse. Fünfter Wahlkreis. Sie machen mit Recht darauf aufmerksam, daß in dem Aufruf zu gunsten unseres Genossen Robert Schmidt, daß sich an der kaufmännischen Wähler wendet, versehenlich: Wähler des fünften Berliner Wahlkreises fortgefallen ist. Selbstredend wäre jede in einem anderen Wahlkreise für Schmidt abgegebene Stimme ungiltig. — Glück auf zur Agitation in allen Kreisen.

D. D., Thurmstraße. Ihnen steht ein Anspruch leider nicht zu.

Schneider. Ob ein Vertrag gestempelt ist oder nicht, berührt seine Gültigkeit nicht. Welche Rechte und Pflichten aus dem Vertrage folgen, läßt sich ohne Einsicht in denselben nicht sagen.

Robert D., Lausigk. 1. Die Diensthoten fallen nicht unter das Krankenversicherungs-Gesetz. 2. Das Wahlrecht steht dem Vater leider nicht zu. 3. Eine Stimme des Doppelwählers ist ungiltig. 4. Der Stiefvater ist mit Unrecht für nicht wahlberechtigt erachtet.

P., Stralau. An den Regierungs-Präsidenten; Aussicht auf Erfolg ist allerdings gering.

Landrathchen a. D. und andere. 1. Wer erst nach dem 15. Juni 25 Jahre alt geworden ist, kann auch bei der Stichwahl nicht wählen. 2. Elfaß-Potyringen ist keine preussische Provinz, sondern Reichsland.

Milisch. Sie müssen die Klage bei dem ordentlichen Gericht führen, werden aber ohne Hilfe eines Anwalts Ihren Anspruch schwerlich durchsetzen.

W. Sie können nichts mehr machen, weil Sie die Frist vom 18.-25. Mai, auf die wir seiner Zeit täglich wiederholt hinwiesen, veräumt haben.

Hollmannstr. 134. Nein, nur wenn die Bahnverwaltung ihm freijahrt bewilligt.

Hofena bei Hohenboda. Wir wissen nicht, um was es sich handelt. Theilen Sie uns Näheres mit.

Moabiters Gesellschaftshaus Mt-Moabit 80/81.

Sonnabend, den 21. Juni 1893:

Großes Sommer- u. Sieges-Fest,

arrangirt vom Verein „Vereinte Sangesbrüder Moabit's“ (Mital. d. Arb.-Sänger-Bundes), bestehend in Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, Gesang u. lebendem Bild (Siegesfest der Arbeiter). Großer Ball. Die Ballmusik wird von Zivil-Vernunftmusikern (Nord-West) ausgeführt. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeelücke steht den Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Billets à 25 Pfg. sind bei den Mitgliedern und den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. 159/2 Alles Nähere die Programme.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Laut Beschluß der General-Versammlung vom 20. April 1893 sind die §§ 27 und 28 des Statuts wie folgt abgeändert:

§ 27: Das Eintrittsgeld beträgt für die 1. Klasse 1 M. 50 Pf., für die 2. Klasse 1 M.

§ 28: Die wöchentlichen Passenbeiträge betragen: für die 1. Kl. 54 Pf., für die 2. Kl. 24 Pf. Die Änderungen treten vom 5. Juni an in Kraft. Der Vorstand: H. Wenker, Vorsitzender, Remelerstr. 61. Vorsitzender Nachtrag wird hierdurch genehmigt. 495/5 Berlin, den 1. Juni 1893. Der Bezirks-Ausschuß: Kayser.

Gesangverein Senefelder.

Sonnabend, den 21. Juni:

Nachpartie nach Wannsee. Dort Zusammenkunft mit den Brandenburger Kollegen. Treffpunkt: Bahnhof Alexanderplatz. Wartesaal III. Klasse bis 9 Uhr 30 Minuten. 150/6 Kollegen sind Alle eingeladen.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt,

Nene Jakobstr. 17, Brunnenstr. 192 (fr. 123), Androasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamstr. 57/58, empf. f. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelf. gef. 1 M. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billig. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kaunngarn-Garderoben. 8716/6



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte 4181/L Helm-Putzpomade ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weisen man als werthlose Nachahmungen zurück.



Allen Genossen und Freunden empfehle bei etwaigem Besuch in Potsdam mein Cigarrenlager, Am Kanal 10a, neben dem Schauspiel-hause. Franz Klebig. Kennlich an rother Firma. [496/6] Vereinszimmer, ca. 25-30 Personen fassend, auch als Zählst. zu verg. F. Wibach, Orfischwalderstr. 207.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Für die Stichwahlen.

Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags

von
1890-1893.

Preis 20 Pfg.

Mit einem Anhang, enthaltend: Die wichtigsten Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission, die für die Agitation und die Wahlen wesentlichen Bestimmungen des Strafgesetzes und des Wahlgesetzes für den Reichstag nebst Reglement.

Zu Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.

Steppdecken und Schlafdecken (mit kleinen Farbenschlern) spottbillig in der Deckenfabrik von **J. Brünn**, Hackescher Markt Nr. 4. (Stadtbahnhof Börse.)

Roh-Tabak Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmon-Umblatt n. 100 Pf. an, sowie sämtl. anderen Sorten. 4035/L **G. Elkhuyson**, Alte Schönhauserstr. 5.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.** Kleins Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren** **C. Wunsch**, Mannysstr. 38, u. d. Oranienplatz

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe am kleinen Wannsee hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regeldahn u. Kaffeelücke zur Verfügung. Kremser am Bahnhof Wannsee. 4193/L **A. Mattausch.**

Großer Massen-Ausverkauf. Nach beendeter Hauptfaison kommen von jeht ab ca. 1000 Regenmäntel à 6.- M., 500 Jaquet's à 4,50 M., 200 Staubmäntel à 3,50 M., 100 Umhänge in Wolle und Seide à 8.- M. zum Ausverkauf. 4323/L

Damen-Mäntel-Bazar Leipzigerstr. 91, 1 Tr. 1 Bäckerei. 5 Werkstätten, 30 kleine Wohnungen, Korridor, Stube und Küche 70-80 Thlr. verm. Schön. Sommer-Aufenthalt. Bis Oktober miethsfrei. 4259/L **Ziomer**, Goethestraße 68. 19 Min. vom Bahnhof Zoolog. Garten

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Einkenstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinz. **J. Louz**, Alte Jakobstr. 69.

Größtes Lager Berlins **Kinderwagen**. Androasstr. 23. Dv

Kinderwagen, größtes Lager, bestes Fabrikat, auch Theilzahlung, nur allein Oranienstr. 3 im Nordgeschäft.

Schiefschube mit Stand zu verk. bei **Janeke**, Kastanien Allee 10. [493/6]

Fedel. möbl. Schlafst. sof. oder später zu vermieten bei **Wwe. Schröder**, Reichendergerstr. 63a. 504/6

Inst. Mann findet Schlafst. b. Frau **Albrecht**, Fliederstr. 14, vorn 3 Tr.

Möbl. Schlafst. 2 Herrn **Wwe. Gsch.**, Adalbertstr. 84, 4 Tr. n. v. [494/6]

Kreuzschnäbel, rolhe, 100 Sing- u. Bierobgel bill. **Schuelke**, Invalidenstr. 7.

Eine Schlafst. f. 2 Herren zu verm. **Lidstr.** 19, p. Nicolais. 496/6